IMT Nuremberg Archives

H – 2764

International Court of Justice

H2764 – 0002

Borman

H2764-0002A

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
Office of the General Secretary

MEMORANDUM

R. W. SPILNER,
2nd Lt., Inf.

(Date)

H2764 - 0003

Rechtsanwalt Dr. Friedrich Bergold
Verteidiger fuer Martin Bormann

Nuernberg, 2. Oktober 1946

An den

Hohen Kontrollrat fuer Deutschland

durch den Herrn Generalsekretaer
des Internationalen Militaergerichtshofes

Als von dem Internationalen Militaergerichtshof fuer den Angeklagten MARTIN BORMANN bestellter Verteidiger lege ich hiemit gegen das von dem Internationalen Militaergerichtshof am 30.9./1.10.1946 ausgesprochene Urteil

Gesuch um Ueberpruefung des Urteils

ein und beantrage,

der Hohe Kontrollrat moege durch Beschluss das Urteil vom 30.9./1.10.1946, soweit es gegen den Angeklagten MARTIN BORMANN ergangen ist, aufheben und

entweder die Aussetzung des Verfahrens in Richtung gegen MARTIN BORMANN selbst aussprechen

oder das Internationale Militaergericht zur nochmaligen Ueberpruefung der Entscheidung vom 22. November 1945 veranlassen, mit welcher Entscheidung der Internationale Militaergerichtshof laut Par. 12 des Statutes die Durchfuehrung des Verfahrens gegen MARTIN BORMANN in seiner Abwesenheit beschlossen hat.

Fuer den Fall, dass der Hohe Kontrollrat diesem obigen Ueberpruefungsgesuch nicht stattzugeben gewillt sein sollte, stelle ich das

G e s u c h ,

der Hohe Kontrollrat moege das gegen den Angeklagten MARTIN BORMANN ergangene Urteil dahin mildern, dass an Stelle der ausgesprochenen Todesstrafe eine in das Ermessen des Hohen Kontrollrats gestellte Gefaengnisstrafe zuerkannt wird.

H2764 – 0004

Begruendung

A

Ich bin der Meinung, dass die Bestimmungen der Par. 26 und 29 des Statutes die Einlegung eines Gesuches auf Ueberpruefung des Urteils nach der prozessual-rechtlichen Seite nicht hindern. Par. 26 setzt lediglich fest, dass das Urteil ueber Schuld oder Unschuld eines Angeklagten endgueltig und nicht anfechtbar ist. Es kann daher eine Verletzung der materiell-rechtlichen Bestimmungen des Statutes durch das Urteil nicht geruegt werden. Es kann aber meines Erachtens geruegt werden, dass das Gericht die prozessual-rechtlichen Vorschriften des Statutes verletzt hat, sofern durch die Verletzung das im Statut vorgeschriebene "Gerechte Verfahren" (siehe Ueberschrift des Abschnittes IV des Statutes) nicht gewaehrleistet geblieben ist.

Par. 29 gibt in Satz 2 des Absatzes I dem Hohen Kontrollrat das Recht, nicht nur ein ergangenes Urteil zu mildern, sondern es auch "in anderer Weise abzuaendern". Das bedeutet, dass das Urteil auch voellig aufgehoben und der Fall unter Umstaenden an den Internationalen Militaergerichtshof zur nochmaligen Pruefung zurueckgewiesen werden kann.

Es wird von mir geruegt, dass der Internationale Militaergerichtshof den von mir in der Sitzung vom 22. Juli 1946 gestellten Antrag, das Verfahren gegen MARTIN BORMANN bis zu seiner Ergreifung auszusetzen, abgelehnt hat. Der Internationale Militaergerichtshof hat dies damit begruendet, dass ich diesen Antrag zu spaet gestellt haette. Es wird von mir weiter geruegt, dass der Internationale Militaergerichtshof die rechtliche Begruendung dafuer, dass die Grundsaetze der Gerechtigkeit die Aussetzung des Verfahrens in dem besonderen Falle des Angeklagten MARTIN BORMANN erfordern wuerden, nicht vortragen lassen und nicht gepruefft hat (siehe amtliches Protokoll der Vormittagsitzung vom 22. Juli 1946 in der deutschen Fassung Seite 13611-13613).

H2764 - 0005

Die Erklaerung des Gerichtes, ich haette den Antrag verspaetet gestellt, hat nicht beruecksichtigt, dass ich die Aussage des Zeugen KEMPKA erst am 3. Juli 1946 erfahren habe. Noch am 29. Juni 1946 hat der Herr Vertreter der amerikanischen Anklagebehoerde erklaert, dass der Zeuge KEMPKA noch nicht gefunden sei (siehe amtliches Protokoll der Vormittagsitzung vom 29. Juni 1946 in der deutschen Fassung Seite 12360). Erst am 3.7.1946 habe ich zum erstenmal diese Bekundungen mit Sicherheit erfahren (siehe amtliches Protokoll der Nachmittagsitzung vom 3.7.1946 in der deutschen Fassung Seite 12578-12585).

Das Gericht hat in seinem Urteil anerkannt, dass ich unter schwierigen Umstaenden meine Taetigkeit auszuueben hatte. Es kann mir billigerweise der Vorwurf einer Verspaetung nicht gemacht werden, da ich mangels Einsicht in das Material der Staatsanwaltschaft und wegen der Abwesenheit des Angeklagten nur durch Zufall auf Beweismaterial stossen konnte. Wie sich aus dem amtlichen Protokoll der Vormittagsitzung vom 29.6.1946 in der deutschen Fassung Seite 12361 ergibt, hat die Anklagebehoerde bereits im Herbst 1945 die Existenz KEMPKAS und seine vermutliche Aussage gekannt. Ich moechte darauf verweisen, dass es wohl billig gewesen waere, wenn die amerikanische Anklagebehoerde wegen der besonderen Schwierigkeiten meiner Verteidigung in Erfuellung der ihr nach Par. 15 des Statutes gestellten Aufgabe rechtzeitig dieses Beweismaterial dem Gerichtshof offiziell vorgelegt und damit auch mir zur Kenntnis gebracht haette. Jedenfalls meine ich, dass meine Antrag von dem Internationalen Militaergerichtshof unter Beruecksichtigung der Umstaende meiner Verteidigung nicht als verspaetet haette zurueckgewiesen werden duerfen, wenn die Vorschriften des Statutes, die ein gerechtes Verfahren vorsehen, Beachtung finden sollten. Auch wenn das Statut hierueber einzelne Regeln nicht gegeben hat, so hat es doch im ganzen in Einklang mit "anerkannten Rechtsgrundsaetzen" stehen wollen (siehe Begruendung des Urteils vom 30.9./1.10.1946 DIE ANGEKLAGTEN ORGANISATIONEN deutsche Fassung Seite 139. letzter Absatz, dritter Satz). Es ist aber ein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz, dass in keinem Verfahren ein Antrag, der unverschuldet spaeter eingereicht worden ist, wegen solcher unverschuldeten Verspaetung

H2764 - 0006

zurueckgewiesen werden kann. Der Internationale Militaergerichtshof haette daher in eine eingehende Pruefung meines Antrages vom 22. Juli 1946 eintreten sollen und ihn nicht wegen Verspaetung von vornherein ablehnen duerfen.

Ich habe in meinem dem Internationalen Militaergerichtshof eingereichten Plaidoyer von Seite 1 - 10 eingehend dargestellt, dass die Bestimmungen des Statutes, wonach ein Abwesenheitsurteil gemaess Par. 26 im Schuldausspruch endgueltig und unanfechtbar ist, ein in der gesamten Rechtsgeschichte des europaeischen und amerikanischen Kulturkreises noch nie dagewesenes Novum darstellt und dass damit ein in der Rechtsgeschichte seit den Zeiten der Roemer feststehender Grundsatz der Gerechtigkeit, den Angeklagten nach seiner Ergreifung das rechtliche Gehoer zu gewaehren, nicht beachtet wird. Um dieses gegenwaertige Gesuch nicht unnoetig zu belasten, erlaube ich mir daher, auf die Ausfuehrungen meines Plaidoyers von Seite 1 - 10 den Hohen Kontrollrat zu verweisen, in dem ich erklaere, dass ich diese Ausfuehrungen ausdruecklich als hierher wiederholt bezeichnen moechte, und dass ich den Hohen Kontrollrat bitten moechte, sie in meinem Plaidoyer, das in allen erforderlichen Uebersetzungsarten vorliegt, nachzulesen. Ich lege das Plaidoyer in deutscher Fassung diesem Gesuche bei.

Der Internationale Militaergerichtshof hat in seinem Urteil vom 30.9./1.10.46 in dem Abschnitt des Urteils, der die angeklagten Organisationen betrifft, bei seinen Einleitungsausfuehrungen (Seite 139, letzter Absatz in der deutschen Fassung des Urteils) erklaert, dass ein dem Internationalen Militaergerichtshof zugebilligtes Ermessen richterlicher Natur ist und keinen Raum fuer willkuerliche Entscheidungen laesst, dass vielmehr das richterliche Ermessen "im Einklang mit anerkannten Rechtsgrundsaetzen ausgeuebt werden muss". Diese von dem Internationalen Militaergerichtshof ausgesprochene Rechtsansicht ist richtig. Sie muss auch bei der Pruefung der Ermessensfrage mitberuecksichtigt werden, die das Gericht bei der Ausuebung des Rechtes nach Par. 12 des Statutes zu vollziehen hat, wenn es ein Verfahren in Abwesenheit durchfuehren will.

H2764 – 0007

Ich bin nun der Meinung, dass der Internationale Militaergerichtshof mit seiner Entscheidung vom 22. November 1945 und seiner Erklaerung vom 22. Juli 1946 dieses Ermessen nicht voellig richtig ausgeuebt habenduerfte. Ich habe in meinem Plaidoyer dargetan, dass zur Ergaenzung der Vorschriften des Par. 12 des Statutes die anerkannten Rechtsgrundsaetze der bisherigenProzessordnung der Voelker herangezogen werden sollten. Ich habe dabei insbesonders darauf verwiesen, dass die Bestimmungen des russischen Rechtes diese anerkannten Rechtsgrundsaetze am klarsten enthalten. Diese Rechtsgrundsaetze wuerden die Durchfuehrung des Abwesenheitsverfahrens gegen den AngeklagtenMARTIN BORMANN nur gestatten, wenn

1. b e w i e s e n ist, dass der Angeklagte sich absichtlich, willentlich dem Gericht entzieht, und
2. der Sachverhalt in keiner Richtung einem Zweifel unterliegt.

Ich habe durch mein Plaidoyer dargetan, dass <u>nicht bewiesen</u> ist, dass MARTIN BORMANN sich absichtlich, willentlich dem Gericht entzieht. Die Aussage KEMPKAS macht zumindestens, abgesehen davon, dass der Tod des Angeklagten als hoechst wahrscheinlich dargetan ist, es sehr wahrscheinlich, dass Bormann bei der Panzerexplosion schwer verletzt worden ist. Es ist daher die Moeglichkeit einer eingetretenen koerperlichen Unfaehigkeit BORMANNS, vor Gericht zu erscheinen, nicht ausgeschlossen. Jedenfalls kann von einem Beweis, dass BORMANN sich absichtlich dem Gericht entziehe, nicht die Rede sein. Ich habe daher keinen Zweifel, dass schon die erste Voraussetzung fuer ein Abwesenheitsverfahren nicht gegeben ist.

In meinem Plaidoyer habe ich weiter dargetan, dass der Sachverhalt nicht in jeder Richtung keinem Zweifel unterliegt. Ich nehme insoweit gleichfalls auf mein Plaidoyer Bezug und moechte es hierher wiederholt wissen.

H2764 – 0008

Auch der Internationale Militaergerichtshof hat in seinem Urteil (deutsche Fassung 295 letzter Absatz) nicht erklaeren koennen, dass der Sachverhalt ohne jeden Zweifel sei. Der Internationale Militaergerichtshof hat ausgefuehrt:"Sein Verteidiger, der seine Taetigkeit unter schwierigen Umstaenden auszuueben hatte, war nicht imstande, das Beweismaterial zu widerlegen. Angesichts der Dokumente, welche BORMANNS Unterschrift tragen, kann man schwerlich einsehen, ob ihm dies gelungen waere, selbst wenn der Angeklagte zugegen gewesen waere." Dies zeigt aber, dass auch der Internationale Militaergerichtshof einen Zweifel an dem Sachverhalt nicht ausschliessen konnte.

Wenn der Internationale Militaergerichtshof im Urteil (letzter Satz des obengenannten Absatzes) es dem Hohen Kontrollrat fuer Deutschland ueberlaesst, nach Ergreifung BORMANNS mildernde Umstaende in Erwaegung zu ziehen und dann das Urteil abzuaendern und zu mildern, so uebersieht der Internationale Militaergerichtshof, dass das Urteil unmittelbar nach der Ergreifung des Angeklagten vollzogen werden soll. Der Hohe Kontrollrat hat fuer die Einlegung von Gnadengesuchen nur eine Frist von 4 Tagen zugestanden. Nach der Ergreifung BORMANNS koennte in so kurzer Frist der Verteidiger nicht in eine eingehende Pruefung des gesamten Sachverhaltes zusammen mit dem Angeklagten eintreten. Mit Sicherheit waere hiefuer eine wesentliche laengere Zeitspanne erforderlich und mit Sicherheit wuerde das Vorbringen von mildernden Umstaenden eine weitere Beweisaufnahme erforderlich machen. Dieser Beweisaufnahme koennte nur vor Gericht durchgefuehrt werden. Nach Par. 29 des Statutes kann aber neues Beweismaterial nur dafuer benuetzt werden, eine neue Anklage zu begruenden. Dem Angeklagten MARTIN BORMANN ist daher, wenn das Urteil bestehen bleibt, jegliche Moeglichkeit genommen, mildernde Umstaende zu beweisen. Damit waeren aber die Vorschriften fuer ein gerechtes Verfahren verletzt, die vorsehen, dass der Angeklagte alle erforderlichen Beweismittel fuer seine Verteidigung vorbringen darf (Par. 16 e des Statutes).

Da, wie ausgefuehrt, der Internationale Militaergerichtshof in seinem Urteil selbst nicht jeden Zweifel an dem Sachverhalt ausschliessen konnte und selbst mit einer spaeteren Vorbringung mildernden Beweismaterials durch den ergriffenen Angeklagten rechnet, stellt in diesem besonderen Falle der Entschluss

H2764 - 0009

des Gerichtes, gemaess Par. 12 des Statutes das Abwesenheitsverfahren durchzufuehren, eine Verletzung sowohl der Vorschriften fuer ein gerechtes Verfahren als auch der internationalen allgemein anerkannten Rechtsgrundsaetze dar.

Ich bin daher der Meinung, dass mein Gesuch um Ueberpruefung des Urteils, dessen Aufhebung und um Aussetzung des Verfahrens gerechtfertigt ist.

B.

Ich habe fuer den Fall, dass meinem Gesuch um Ueberpruefung des Urteils nicht stattgegeben wird, eingangs dem Hohen Kontrollrat das Gnadengesuch dahin vortragen, dass an Stelle der ausgesprochenen Todesstrafe dem Angeklagten MARTIN BORMANN eine Gefaengnisstrafe zuerkannt werden moege.

Wenn der Hohe Kontrollrat die Rechtsausfuehrungen zum Gesuch um Ueberpruefung des Urteils in Richtung der Aufhebung des Urteils nicht anerkennen will, so muessen doch diese Rechtsausfuehrungen dazufuehren, das Urteil in bezug auf die Todesstrafe aufzuheben.

Niemand kann ausschliessen, dass der Angeklagte, wenn er anwesend gewesen waere, nicht doch sehr wesentlich mildernde Umstaende haette beweisen koennen, die den Ausspruch eines Todesurteils nicht mehr gerechtfertigt haetten erscheinen lassen koennen. Gerade die nicht ausschliessbare Tatsache, dass der Sachverhalt nicht voellig unzweifelhaft ist und die Tatsache, dass nach der Ergreifung BORMANNS mit Sicherheit keine genuegende Moeglichkeit besteht, das gesamte Verfahren gegen BORMANN zu pruefen und vielleicht umfangreiche Gegenbeweise zu fuehren, lassen es als gerecht erscheinen, nicht die Todesstrafe auszusprechen.

Wegen der vom Internationalen Militaergerichtshof anerkannten Schwierigkeit meiner Lage, wegen der Abwesenheit BORMANNS, bin ich nicht imstande, jetzt schon mildernde Umstaende selbst vorzutragen, weil mir jegliche Informationsmoeglichkeit fehlt.

Ich glaube daher, dass zumindestens mein Gnadengesuch gerechtfertigt ist.

(Dr. Bergold)

H2764 - 0010

P L A E D O Y E R

FUER

M A R T I N B O R M A N N

VOR DEM INTERNATIONALEN MILITAERGERICHTSHOF NUERNBERG

IM PROZESS

GEGEN HERMANN GOERING UND ANDERE

VON

DR. FRIEDRICH B E R G O L D

RECHTSANWALT IN NUERNBERG

1 9 4 6

H2764 - 0011

Eure Lordschaft, meine hohen Herren Richter!

Der Fall des Angeklagten MARTIN BORMANN, den zu verteidigen, mir vom Hohen Gericht aufgegeben ist, ist ein ungewoehnlicher. Der Angeklagte lebte, als das nationalsozialistische Reich noch glaenzte, im Schatten, er blieb in diesem Prozess schattenhaft und weilt, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch jetzt unter den Schatten, wie in der Antike die Toten genannt worden sind. Er ist der einzige der Angeklagten, der nicht anwesend ist, gegen den der Par. 12 des Statutes angewandt wird. Es ist, als haette die Geschichte die Kontinuitaet des genii loci wahren und gerade in Nuernberg das Problem eroertert sehen wollen, ob und inwieweit die hoechste Wahrscheinlichkeit dafuer, dass ein Angeklagter um das Leben gekommen ist, einem Verfahren in contumaciam gegen einen solchen Mann im Wege steht. Es ist naemlich in Nuernberg aus dem Mittelalter bis auf unsere Zeit ein Sprichwort herueber gekommen, das dahin lautet, es wuerden die Nuernberger niemanden haengen, sie haetten ihn denn zuver.

Es ist also schon damals in alter Zeit gerade in Nuernberg die Frage, wie gegen einen Abwesenden ein Strafverfahren durchgefuehrt werden kann, in ausgezeichneter Weise besprochen worden.

Par. 12 des Statutes gibt dem Hohen Gerichte das Recht, gegen eine Person, die wegen eines der im Par. 6 dieses Statutes erwaehnten Verbrechen angeklagt ist, in seiner Abwesenheit ein Verfahren durchzufuehren, wenn der Angeklagte nicht auffindbar ist. Nach Par. 26 des gleichen Statutes ist dann ein Urteil, wenn das Gericht in einem solchen Fall dieses sein Recht ausuebt, endgueltig und nicht anfechtbar.

Wenn Par. 12 des Statutes dem Hohen Gericht das Recht gibt, ein Abwesenheitsverfahren durchzufuehren, so muss, nach den Gesetzen der Logik, aus einem entsprechenden Schweigen des Statutes ueber eine

H2764 - 0012

dem Gerichtshof gesetzte Pflicht, ein solches Recht auszuueben, geschlossen werden, dass das Hohe Gericht von diesem ihm gegebenen Recht nach seinem pflichtgemaessen Ermessen auch keinen Gebrauch machen und es ablehnen kann, ein Verfahren in contumaciam durchzufuehren. Und offenbar kann dies in jedem Stadium des Prozesses geschehen, da das Statut auch in diesem Punkte nichts bestimmt und dies auch in den Prozessordnungen der Staaten, z.B. im russischen Recht, zugelassen ist.

Ich werde davon spaeter sprechen, dass ich mit Gewissheit meine, der Angeklagte BORMANN ist in der Nacht vom 1. auf 2. Mai 1945 getoetet worden. Unter der Voraussetzung, dass meine Annahme die hoechste Wahrscheinlichkeit fuer sich hat, muss ich vermehrt pruefen, ob es rechtlich moeglich und billig ist, dass das Hohe Gericht das Recht aus Par. 12 des Statutes wahrnimmt oder ob von der Ausuebung gerechtermassen abgesehen werden sollte.

Ich brauche hier zunaechst darauf nicht zu verweisen, dass nach Ansicht der Verteidiger schon im allgemeinen das Statut voellig neues Recht gesetzt hat. Das haben eine Reihe von gelehrten Freunden, die vor mir gesprochen haben, bereits dargelegt und ich kann mich auf deren Rechtsansichten beziehen, die ich pflichtgemaess auch zu den meinen mache.

Zur Pruefung der Rechtsfrage, welche Bedeutung Par. 12 des Statutes innerhalb der bisherigen Rechte zivilisierter Staaten hat und welche gerechten und noch gueltigen Rechtsgrundsaetze bei seiner Auslegung herangezogen werden sollten, ist auf die Rechtsgeschichte der Abwesenheitsverfahren einzugehen.

H2764 - 0013

Die Loesung der Aufgabe, in welcher Weise ein Staat gegen einen nicht auffindbaren Angeklagten verfahren kann und soll, ist schon seit alten Zeiten auf die verschiedendsten Weisen versucht worden.

Im aelteren roemischen Recht, das fuer die meisten der zivilisierten Staaten der Welt ein fast unuebertreffliches Vorbild geworden ist, war lange Zeit die Meinung vertretenworden, dass gegen einen Abwesenden kein Strafverfahren statthaben duerfe, weil dadurch der erste und heiligste Grundsatz der Gerechtigkeit verletzt werden wuerde, dass ein Angeklagter persoenlich zu der Anklage gehoert werden sollte. Diese Lehre gipfelte in dem klaren Satz: "Ne absentes damnentur". In der Folgezeit wurde aus politischen Gruenden, -was zeigt, wie die Politik allueberall die einfachen und sauberen Grundsaetze der Gerechtigkeit zerstoert,- doch eine Art Verfahren in contumaciam in bestimmten Faellen zugelassen, in dem man einen abwesenden Rechtsbrecher durch die aquae et ignis interdictio aechtete. Bei Capitalstrafen ist aber der urspruengliche Rechtsgrundsatz nach wie vor gueltig geblieben. Doch auch soweit die Aechterklaerung durch Urteil ausgesprochen worden ist, wurde -und das ist von hoher Wichtigkeit- in jedem Falle dem zurueckkehrenden "Ungehorsamen" die Moeglichkeit wieder gewaehrt, seine Unschuld darzutun. Dies ist jenem alten Volke als selbstverstaendlich erschienen.

Diese beiden Arten der Behandlung von Strafverfahren gegen nicht auffindbare Angeklagte gehen also bisauf die aelteste Zeit des Rechtswesens zurueck. Waehrend der gesamten Entwicklung des Rechtswesens bis zu unseren Tagen herauf hat die Menschheit andere, wesentlich von diesen beiden Arten abweichende Loesungen nicht gefunden.

Es erscheint zwar als wie nicht zur gegenwaertigen Sache gehoerend, aber ich muss notwendigerweise auch die weitere gesamte Rechtsentwick-

H2764 - 0014

lung aufzeigen, um zu beweisen, in welcher bisher in aller Rechtsgeschichte noch nicht gekannten Form das Statut von diesen durch alle Zeiten fortdauernden Rechtssaetzen der zivilisierten Voelker abweicht, um das Hohe Gericht davon zu ueberzeugen, dass mein Aussetzungsantrag, den ich spaeter stellen werde, gerechtfertigt ist.

Im spaeteren roemischen Recht, so beginnt die weitere Rechtsentwicklung, ist die Aechtung voellig weggefallen und der Grundsatz "ne absentes damnentur" fand seine uneingeschraenkte Gueltigkeit. Auch das kanonische Recht ist von diesem Rechtsgrundsatz im allgemeinen nicht abgewichen.

In den germanischen Rechten der Voelkerwanderung ist die Aechtung jedoch wieder das vorherrschende Verfahren geworden. Man muss sich aber klar daerueber sein, dass bei einer Achtloserklaerung eines abwesenden Angeklagten keine Bestrafung fuer die begangene Tat stattfindet, sondern nur eine Bestrafung fuer den Ungehorsam, den der nichterscheinende Angeklagte dem Staate und dem den Staat verkoerpernden Gericht gegenueber bekundet.

Mit der Gestellung des Angeklagten bei Gericht hat aber immer die Aechtung geendet und das eigentliche Strafverfahren seinen Lauf begonnen.

Dieses Recht wurde in allen mittelalterlichen Gesetzen in gleicher Weise fortentwickelt. Die Bambergensische Halsgerichtsordnung -eine der bedeutendsten Rechtsschoepfungen des Mittelalters- hat dieses Achtverfahren nur fuer den Fall einer Toetung zugelassen. Es hat aber als Neuerung gefordert, dass die Tat erwiesen sei. Damit ist in

H2764 - 0015

Deutschland zuerst das reine Ungehorsamsverfahren aufgegeben worden. Trotz des Erweises der Tat hat aber das Gesetz ausdruecklich in Artikel 180 dem Gerichteten bei einem spaeteren Erscheinen vor Gericht die Moeglichkeit gewaehrt, sich gegen die Anklage erneut zu verteidigen. Diesen Rechtsstand hat auch die Peinliche Halsgerichtsordnung Kaisers Karl V. nicht geaendert, da sie das Verfahren gegen Abwesende ueberhaupt nicht geregelt, sondern dies den oertlichen Gesetzen der kleineren Gliedstaaten des Reiches ueberlassen hatte.

In Bayern hat spaeter der Codex juris Bavarici von 1751 im Kapitel 10 Par. 21 und folgende ein Verfahren gegen Abwesende geschaffen und als erstes Gesetz echte Verurteilung wegen der begangenen Straftat zugelassen, auf solche Weise das reine Achtverfahren ueberhaupt verlassend. Es ist sogar die Vollstreckung des Urteils in effigie zugelassen worden. Doch hat diese bildhafte Verurteilung nur eine moralische Bedeutung gehabt; denn das Gesetz hat ausdruecklich bestimmt, dass nach Rueckkehr des Abwesenden diesem der Prozess erneut zu machen ist, auf solche Weisse dem Angeklagten das Gehoer sichernd.

Maria Theresia hat in Oesterreich in der Allgemeinen Peinlichen Gerichtsordnung im Jahre 1776 die fast gleichen Grundsaetze aufstellen lassen, deren Grundzuege auch in der Kriminalgerichtsordnung Joseph II. vom Jahre 1788 bestehen geblieben sind.

Die preussische Kriminalordnung des Jahres 1805 hat ein Verfahren in contumaciam nur fuer bestimmte Faelle ermoeglicht, hat aber wie alle Rechte der damaligen Zeit in den Par. 577 - 587 bei Gestellung des Abwesenden ein neues Strafverfahren angeordnet.

H2764 – 0016

Auf die Rechtsentwicklung im modernen Deutschland komme ich spaeter.

Das englische Verfahren kennt zwar theoretisch noch heute ein sog. Ungehorsamsverfahren, ein Aechtungsverfahren, den Process of outlawry, der dem alten deutschen Achtverfahren sehr aehnlich ist. Eine praktische Bedeutung hat dieses Verfahren aber heute nicht mehr und Stephen sagt in seinen"Commentaries to the laws of England" 18. Auflage Band IV auf Seite 324, dass der letzte Fall solcher Art 1859 stattgefunden habe und dass solche Prozesse heutzutage so selten seien, dass sie als veraltet zu bezeichnen seien. Stephen behandelt den Prozess of outlawry nur deshalb, weil er theoretisch noch Bestandteil des Strafrechtes ist und in den Crown Office Rulesvon 1906 geregelt wird. Die Prozedur dieses Verfahrens, das zum Schutze der Rechte des Abwesenden die feierliche Verlautbarung sehr vieler Aufforderungen zum Erscheinen an den Abwesenden vorsieht, bevor ueberhaupt eine Verhandlung stattfinden kann, diese Prozedur ist hier nicht besonders wichtig. Bedeutsam ist aber, dass nach Rueckkehr des Beschuldigten eine Wiederaufhebung der Aechterklaerung erfolgen kann entweder durch Verantwortung des Beschuldigten (plea) oder durch ein writ of error je nach der Lage des Falles.

In den Rechten der Staaten von Nordamerika befolgt man im allgemeinen dieses englische Recht; doch bin ich dahin unterrichtet, dass einzelne Statuten wichtiger amerikanischer Staaten den Process of outlawry ueberhaupt aufgegeben haben und nur im Falle der Anklage wegen treason die Vermoegenseinziehung und den buergerlichen Tod als Strafen festsetzen.

H2764 – 0017

Das franzoesische Recht regelt das Abwesenheitsverfahren im Code d'instruction criminell vom 17.11.1808 II. Buch 4. Titel Kapitel II Artikel 465 folgende. Es kommt nur bei besonderen Verbrechensanklagen zur Anwendung und sieht gleichfalls eine wiederholte und feierliche Vorladung vor, an deren Ende das Urteil im Contumacialverfahren gesprochen werden kann, das die Folgen des buergerlichen Todes des Angeklagten ausspricht. Aber auch dieses Verfahren, und das erscheint hier wichtig, sieht vor, dass das Verfahren rueckwirkend vernichtet wird, wenn der Verurteilte sich freiwillig stellt oder in die Gewalt des Gerichtes gerat.

Das russische Landrecht sieht nach Artikel 265 des Strafgesetzbuches und der Bestimmung Nr. 181 des Praesidiums des Obersten Gerichtes ein Verfahren gegen Abwesende nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen vor. Unter denen sind die wichtigsten: erstens, dass bewiesen sein muss, -also nicht nur vermutet wird- der Angeklagte entziehe sich absichtlich dem Gericht, und zweitens, dass das Verfahren nur in den ganz besonderen Faellen zugelassen werden kann, bei denen der Sachverhalt keinem Zweifel unterliegt. Es ist ferner, um die Gerechtigkeit zu sichern, vorgeschrieben, dass ein solches Abwesenheitsverfahren von einem Berufungsgericht ex officio ueberprueft werden muss. Besonders bei den schwersten Strafen soll das Gericht in der Regel ein Abwesenheitsverfahren nicht zulassen. Ich muss bekennen, dass ich diese russische Regelung fuer eine der lautersten Loesungen halte, die gefunden werden koennen, wenn man ueberhaupt ein Abwesenheitsverfahren zulassen will.

H2764 - 0018

Die uebrigen europaeischen Staaten schliessen entweder ein Abwesenheitsverfahren ganz aus oder lassen es gleichfalls nur unter besonderen Voraussetzungen zu, wobei aber immer eine nachtraegliche Ueberpruefung des Urteils sichergestellt ist, wenn der Abwesende in die Haende der Strafbehoerden faellt, auf solche Weise den alten Grundsatz der Gerechtigkeit wahrend, dass der Angeklagte verantwortlich gehoert werden soll. Dies gilt u.a. fuer Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, Spanien unddie Niederlande. Belgien und Griechenland haben sich der franzoesischen Regelung angeschlossen.

Eine Ausnahme machen die Schweiz und Italien. Waehrend die meisten Schweizer Kantone, in deren Haenden nach der Schweizer Verfassung in erster Linie die Strafrechtspflege liegt, unter Wahrung der nachtraeglichen Urteilsueberpruefung sehr verschiedenartige Regelungen des Abwesenheitsverfahrens besitzen, die an Vielfalt den frueheren deutschen Laenderrechten entsprechen, laesst das neue Bundesgesetz ueber die Bundesstrafrechtspflege vom 15.6.1934 in Abaenderung der frueheren Regelung des Bundesgesetzes vom 1851, das eine neue Verhandlung nach Gestellung des Abwesenden vorgesehen hatte, eine solche neue Verhandlung nur zu, wenn spaeter festgestellt wird, dass der Abwesende unverschuldet am Erscheinen verhindert war. Ausserdem hat allerdings aber das Gericht das unueberpruefbare Recht, die Verhandlung ueberhaupt zu vertagen, wenn die Anwesenheit des Angeklagten notwendig erscheint. Eine solche Notwendigkeit wird wohl ueberall da angenommen werden, wo das Gericht eine sichere Klarheit ueber den Fall nicht gewinnen kann. Auf solche Weise duerfte dem abwesenden Rechtsbrecher auch bei diesem weitgehenden, fast undemokratisch in

H2764 – 0019

einer so eifrigen Demokratie erscheinenden Gesetze Rechtssicherheit gewaehrt sein, zumal der unverschuldet nicht Erschainende auf jeden Fall die Neuverhandlung verlangen kann.

Fast ebenso hart erscheint die faschistische Gesetzgebung in den Vorschriften ueber das giudizio in contumacia. Wo die frueheren italienischen Strafprozessordnungen, naemlich die aus den Jahren 1865 und 1911, immer nach Gestellung des Angeklagten die Vernichtung des Abwesenheitsurteils zugelassen haben, hat das faschistische Gesetz von 1930 die Moeglichkeit der Vernichtung des Urteils und einer neuen Verhandlung dahin beschraenkt, dass gegen das Urteil nur noch der Rekurs moeglich ist, dessen Frist allerdings erst vom Zustellungstag des Urteils an den Angeklagten an laeuft.

So hat auch dieses in der Rechtsgeschichte als sehr streng zu achtende Recht dem Angeklagten eine Ueberpruefungsmoeglichkeit des Urteils gewaehrt.

Das deutsche Gesetz, und zwar sowohl die Strafprozessordnung vom 1.2.1877 als auch die Novelle zu dieser Strafprozessordnung vom 28.6. 1935 kennen beide ein Verfahren gegen Abwesende. Waehrend das aeltere Gesetz das Abwesenheitsverfahren nur in leichteren Faellen erlaubt hatte, hat die Novelle von 1935 des nationalsozialistischen Deutschlands in Erfuellung des den modernen Staaten, und zwar den demokratischen und den autokratischen, innewohnenden Prinzips der Omnipotenz fuer jeden Fall, in dem die Staatsanwaltschaft den Antrag stellt, ein Abwesenheitsverfahren angeordnet. Aber gerade die Novelle von 1935

H2764 - 0020

hat nach Gestellung des abwesenden Angeklagten eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorgeschrieben und zwar nicht nur pflichtgemaess, wenn die Abwesenheit entschuldigt werden kann, sondern auch ermessensgemaess, wenn dem Gericht die Erneuerung der Hauptverhandlung notwendig erscheint.

Das ist die Rechtslage unddieRechtslehre in den zivilisierten Staaten.

Daraus erhellt sich also, dass die Bestimmungen des Statutes, wonach das Abwesenheitsurteil gemaess Par. 26 endgueltig und unanfechtbar ist, ein bisher in der gesamten Rechtsgeschichte des europaeischen und amerikanischen Kulturkreises noch nie dagewesenes Novum darstellt und dass damit ein in der Rechtsgeschichte seit den Zeiten der Roemer feststehender Grundsatz der Gerechtigkeit, dem Angeklagten naemlich, auch wenn er zunaechst abwesend ist, das rechtliche Gehoer zu ermoeglichen, nicht mehr beachtet wird.

Hohes Gericht!

Ich kann, ich will das Statut nicht kritisieren. Ich habe nur die Tatsache festzustellen, dass das Statut ein Novum geschaffen hat. Ich bin aber der bescheidenen Meinung, dass angesichts der ganz besonderen Novums in der Rechtsgeschichte aller Zeiten und Staaten das Hohe Gericht sehr sorgfaeltig pruefensollte, ob es in der jetzigen Lage des Prozesses das ihm mit dem Par. 12 des Statutes verliehene Recht, gegen einen Abwesenden zu verhandeln, gebrauchen will.

Es sollte meines Erachtens, weil eine Ueberpruefung des Urteils nicht mehr moeglich ist, das Verfahren nur durchgefuehrt werden,

H2764 – 0021

wenn in entsprechender Anwendung der schoenen und klaren Grundsaetze des russischen Rechtes erstens bewiesen ist, dass der Angeklagte MARTIN BORMANN sich absichtlich dem Gericht entzieht und zweitens, dass der Sachverhalt in jeder Richtung keinem Zweifel unterliegt. Da das Statut eine naehere Festlegung, wann und unter welchen Voraussetzungen das Gericht von seinem Recht Gebrauch machen soll, nicht getroffen hat, muss das Gericht selbst rechtsschoepferisch taetig werden.

Die Verantwortung des Hohen Gerichts ist wegen der Unanfechtbarkeit des Urteils in diesem besonderen Falle eine sehr hohe. Meine Ansicht, dass das Urteil endgueltig ist, ist ja auch die Meinung des Hohen Gerichtes, da in der oeffentlichen Ladung des Angeklagten BORMANN im letzten Satz ausdruecklich darauf verwiesen wird, dass das Urteil, fuer den Fall, dass der Angeklagte als schuldig befunden wird, ohne weitere Verhandlung an ihm vollstreckt werden wird, nachdem er gefunden ist.

Es ist meines Erachtens nun in keiner Weise erwiesen, dass der Angeklagte sich absichtlich dem Verfahren fernhaelt. Durch die Vernehmung des Zeugen KEMPKA ist nach meiner Ansicht sogar mit hoechster Wahrscheinlichkeit geklaert, dass der Angeklagte BORMANN bereits t o t ist.

Der Zeuge KEMPKA hat bekundet, dass er in der Nacht vom 1. zum 2.Mai 1945 zusammen mit dem Staatssekretaer NAUMANN als dem ersten, dem Angeklagten BORMANN als dem zweiten, dem Standartenfuehrer Dr. STUMPFECKER als dem dritten und ihm als dem vierten Mann in dieser

H2764 - 0022

Reihenfolge versucht hat, auf der linken Seite eines vorgehenden Panzers durch die russische Gefechtslinie zu fliehen. Dabei ist der Angeklagte BORMANN dicht neben dem Panzer in dessen Mitte vorgegangen, sodass der Zeuge den Eindruck hatte, BORMANN habe sich mit der Hand am Panzer festgehalten. Diese Handlung ist dem Zeugen zudem erforderlich erschienen, um mit dem rollenden Panzer Schritt halten zu koennen. Dieser Panzer ist schon nach 30 - 40 Metern, als die deutsche Panzersperre durchfahren war, vermutlich infolge eines Treffers durch eine Panzerfaust in die Luft geflogen.

Der Zeuge hat ausser allem Zweifel beobachtet, dass gerade dort, wo BORMANN unmittelbar neben dem Panzer hergegangen ist, eine Stichflamme aus dem explodierenden Panzer hervorgeschlagen und dass in dieser Flamme BORMANN, ebenso wie der nahe vor ihm gehende Staatssekretaer NAUMANN, zusammengebrochen ist. BORMANN ist also im Zentrum der Explosion gewesen, die so stark gewirkt hat, dass der Zeuge ueberzeugt ist, BORMANN muesse bei dieser Gelegenheit unzweifelhaft den Tod erlitten haben. Es kann nicht gesagt werden, es muesse aus der Tatsache, dass der Zeuge der Gewalt der Explosion entronnen ist, geschlossen werden, auch BORMANN koenne mit dem Leben davon gekommen sein. Es muss beachtet werden, dass KEMPKA links hinter dem Panzer hergelaufen und daher von der eigentlichen Explosion etwa 4 Meter enfernt gewesen ist. Weiter will bedacht sein, dass er einen zusaetlichen Schutz dadurch gehabt hat, dass vor ihm noch LR. STUMPFECKER gelaufen ist, dessen Koerper bei der Explosion auf ihn geschleudert worden ist und wie eine Deckung gedient hat. KEMPKA hat bezeugt, dass BORMANN mit der Uniform und den Rangabzeichen eines SS-Obergruppen-

H2764 - 0023

fuehrers bekleidet gewesen war. Selbst wenn BORMANN nicht bei dieser Gelegenheit getoetet worden waere, waere er wohl mit Sicherheit so erheblich verletzt worden, dass ihm die Flucht nicht mehr moeglich gewesen waere. Er waere dann unbedingt in die Haende der Truppen der USSR gefallen, die nach dem Affidavit der Zeugin KRUEGER der Reichskanzlei schon ganz nahe waren und sie wegen der Flucht der Besatzung am 2. Mai 1945 schon besetzt haben. Die USSR aber haette BORMANN selbstverstaendlich bei der Loyalitaet, mit der sie an diesem Verfahren teilnimmt, dem Hohen Gericht zur Verantwortung ueberstellt.

Es gibt nur zwei Moeglichkeiten, -wenigstens nach meiner Beurteilung-, von denen die erste, naemlich die, dass BORMANN verwundet in die Haende der USSR gefallen ist, erwiesenermassen nicht eingetreten ist, so kann nur die zweite Moeglichkeit sich ereignet haben, dass naemlich BORMANN um das Leben gekommen ist.

Ich bin daher der Meinung, dass ich mit genuegender Wahrscheinlichkeit dargetan habe, dass BORMANN tot ist.

Es sollte meiner Ansicht nach nicht erlaubt sein, davon zu sprechen, dass bis zur voellig exakten Feststellung des Todes eine Lebensvermutung gilt, die ich, der Verteidiger, zu widerlegen hatte. Eine gesetzliche Lebensvermutung gibt es in allen Staaten des Erdkreises nur auf dem Gebiete des Privatrechtes und nur fuer die Regelung erbrechtlicher oder ehegueterrechtlicher Verhaeltnisse gegeben. Doch war eine gesetzliche Lebensvermutung nur sehr selten festgelegt, so z.B. bestrittenerweise im Gemeinen Recht und im Preussischen Land-

H2764 - 0024

recht. Der Code civil kennt ueberhaupt keine Lebensvermutung, sondern laesst nur eine Verschollenheitserklaerung zu. Das Common Law hat weder das Institut der Todeserklaerung noch das einer besonderen Lebensvermutung. Das russische Recht ermoeglicht schon nach kurzer Zeit eine Verschollenheitserklaerung, der eine Todeserklaerung nachfolgen kann. Aber auch in diesen Bestimmungen kann keine Lebensvermutung gefunden werden.

Wie dem aber auch immer auf dem Gebiete des Privatrechtes sei, jedenfalls steht fest, dass fuer das Gebiet des Strafrechtes bei keinem Staate eine Lebensvermutung besteht. Gibt es aber fuer das Strafrecht eine solche Lebensvermutung nicht, so obliegt es mir auch nicht, eine solche Lebensvermutung zu widerlegen, es muss dann genuegen, dass durch die Verteidigung solche Umstaende erwiesen werden, aus denen in vernuenftiger Wuerdigung der gewoehnlichen Lebensablaeufe, wie ich es bereits vorgetragen habe, geschlossen werden kann, dass ein Angeklagter verstorben ist.

Ich bin also zuvoerderst der Meinung, dass der Tod des Angeklagten BORMANN mit genuegender Wahrscheinlichkeit dargetan ist, mit einer so hohen Wahrscheinlichkeit, dass demnach das Verfahren ueberhaupt fuer immer eingestellt werden muesste, da auch das Statut ein Verfahren gegen Verstorbene nicht kennt. Es haette sonst die Staatsanwaltschaft, gaebe es bei dem Ableben eines Taeters noch ein Verfahren, logischer- und vernuenftigerweise die wirklichen Haeupter des Nationalsozialismus unter die Anklage stellen muessen.

H2764 – 0025

Aber abgesehen von allem ist meines Erachtens auf keinen Fall bewiesen, dass der Angeklagte MARTIN BORMANN sich absichtlich dem Gericht entzieht, solange die Moeglichkeit besteht, dass der Angeklagte tot ist. Es ist richtig, dass das Statut eine solche Voraussetzung fuer das Verfahren gegen einen nicht auffindbaren Angeklagten nicht kennt. Allein das Statut ist in dieser Hinsicht sehr wortkarg und ich habe schon ausgefuehrt, dass das Hohe Gericht nach meiner Ueberzeugung es sehr ernsthaft pruefen muesse, ob es in diesem besonderen Fall des Angeklagten BORMANN sein Recht ausueben solle. Es duenkt mich, die Endgueltigkeit des Urteils bedenkend, billig und gerecht in dem Falle BORMANN immerhin den allgemeinen Rechtsgrundsatz der zivilisierten Staaten, wonach dem Angeklagten, wenn auch erst nach seinem Ergreifen, das Gehoer gesichert werden soll, zu beachten und es durch Aussetzung des Verfahrens zu vermeiden, vollendete Tatsachen zu schaffen, solange es noch moeglich ist, dass das Fernbleiben BORMANNS entschuldigt werden kann.

Ich darf dabei darauf verweisen, dass Par. 12 des Statutes, zweiter Satzteil, das Hohe Gericht ausdruecklich auf das Interesse der Gerechtigkeit verweist, dass es bei der Pruefung der Frage beachten solle, ob es in anderen Fuellen als dem der Unauffindbarkeit des Angeklagten in Abwesenheit des Betroffenen verhandeln wolle. Diese Interessen der Gerechtigkeit sind aber keine einseitigen, sind nicht nur gegen den Angeklagten gerichtet. Die wahre Gerechtigkeit ist immer eine allseitige. Sie erfordert in allen Rechten der Welt, dass vor ihr auch die Interessen des Angeklagten gewahrt werden, soweit dies moeglich ist.

H2764 – 0026

Das Hohe Gericht hat bereits im Falle der Erkrankung des Angeklagten KRUPP seine Befugnis schon wahrgenommen, das Verfahren gegen einen Abwesenden nicht durchzufuehren. Auch wenn dieser Fall mit dem des Angeklagten BOHLEN nicht ohne weiteres zu vergleichen ist, sollte diese Entscheidung auch hier mit gewuerdigt werden.

Gerade weil bei der Besonderheit des Falles und angesichts der Aussagen des Zeugen [redacted] auf keinen Fall als erwiesen gelten kann, dass der Angeklagte BOHLEN sich absichtlich dem Gericht fernhaelt, weil, wie auch immer die Sache beurteilt wird, die Moeglichkeit nicht unbeachtet bleiben kann, dass der Angeklagte, selbst wenn er gerettet und nicht in die Haende der Alliierten gefallen waere, so schwer fuer immer verletzt worden sein kann, dass er weder physisch noch psychisch imstande ist, sich dem Gericht zu stellen, gerade deshalb sollte das Hohe Gericht nach meiner sorgfaeltigen Erwaegung im Interesse einer echten Gerechtigkeit das Verfahren gegen den Angeklagten BOHLEN aussetzen.

Ein solcher Beschluss ist aber auch noch nach dem zweiten Grundsatz gerechtfertigt, den das russische Gesetz formuliert hat, dass naemlich ein Verfahren in der Regel nur zugelassen werden soll, wenn der Sachverhalt keinen Zweifel mehr unterliegt.

Der Angeklagte BOHLEN ist abwesend. Er hat sich nicht selbst gegen die ihm gemachten Vorwuerfe verteidigen koennen. Er hat mir keinerlei Aufschluesse vermitteln koennen und ich habe keine Zeugen finden

H2764 - 0027

koennen, die genuegende Sachkenntnisse besessen hatten und imstande gewesen waeren, mir bezueglich der erhobenen Anklagen die Entlastungsbeweise aufzuschliessen.

Die Gestalt BORMANNS und seine Taetigkeit sind auch in diesem langen Verfahren nach wie vor in dem Dunkel geblieben, in dem der Angeklagte sich aus Charakterveranlagung schon bei Lebzeiten gehalten hat. Die Beschuldigungen, die viele Anklagepunkte, vielleicht aus ganz besonderen Gruenden und offensichtlich zu ihrer eigenen besseren Verteidigung und Entlastung gegen ihn erhoben haben, koennen billigerweise einem Gerichtsurteil nicht zugrunde gelegt werden. Schon die Staatsanwaltschaft hat durch ihre Vertreter des oefteren ausgesprochen, dass die Angeklagten sich bestreben wuerden, die Hauptlast der Taten, die der Beurteilung durch das hohe Gericht unterstehen, auf tote oder abwesende Maenner zu waelzen. Manche meiner Kollegen sind bei ihren Verteidigungsansprachen dieser Taktik der Angeklagten gefolgt. Vielleicht ist dies alles zu Recht geschehen. Ich kann es nicht beurteilen. Es steht mir die Befugnis zu einem Urteil auch nicht zu.

Niemand aber weiss, was der Angeklagte BORMANN diesen Maennern haette erwidern koennen, wenn er anwesend gewesen waere. Er haette vielleicht tartun koennen, dass seine gesamte Taetigkeit fuer die Geschehnisse, die die Anklage behandelt, nicht verursachend gewesen ist, dass er auch den Einfluss nicht besessen hat, der ihm als dem Sekretaer des Fuehrers und der Partei angedichtet wird.

H2764 – 0028

Es ist eine in aller Welt bekannte Erfahrung, dass Sekretaeren und Leitern von Zentralkanzleien, aehnlich wie den fuerstlichen Kammerdienern des Absolutismus, immer ein erheblicher Einfluss auf ihre Vorgesetzten und Herren zugeschrieben wurde, weil eben nach der Natur der Sache durch die Hand eines solchen Sekretaers alles laufen muss, was nur bueromaessig erledigt werden kann. Wie aber kann in einem modernen Staat sich ein Analogie des Buerokratismus entziehen?

Das von der Anklagebehoerde unterbreitete Dokumentenbuch und der Trial-Brief enthalten in keinem Falle den schluessigen Nachweis darueber, ob BORMANN von sich aus bei den inkriminierten Ereignissen und Massnahmen einen hervorragenden und wirksamen Einfluss auf die Handlungen und Geschaefte des Dritten Reiches, der NSDAP. oder der NPL.RG genommen hat und welche Staerke dieser Einfluss etwa gehabt hat.

In dem Erlaeuterungsbericht BORMANNS, abgedruckt in dem II. Band der amtlichen Sammlung "Verfuegungen, Anordnungen, Bekanntgaben der Parteikanzlei" Seite 220, vorgelegt als BORMANN-Exhibit Nr. 11 in meinem Dokumentenbuch, wird erklaert, dass die Parteikanzlei eine Dienststelle MRTLR gewesen ist, deren er sich zur Fuehrung der NSDAP. bedient hat. Es ist ausdruecklich hervorgehoben, dass MRTLR seit dem 12. Mai 1941 die Leitung der Partei vollstaendig und ausschliesslich wieder selbst uebernommen hat. Der Leiter der Parteikanzlei, zu dieser Zeit BORMANN, war beauftragt gewesen,

H2764 - 0029

HITLER stetsmig ueber die jeweilige Lage der Parteiarbeit zu unterrichten und ihm alle fuer die Entscheidungen in Parteiangelegenheiten richtigen Umstaende zur Kenntnis zu bringen, und zwar sollte dies nach HITLERS grundsaetzlichen Weisungen geschehen, deren Festlegung, insbesondere bezueglich der politischen Linien, das Parteioberhaupt sich selbst vorbehalten hatte.

Damit ist angeordnet, dass die Parteikanzlei fuer die innenpolitische Linie der Reichsfuehrung die Zentralkanzlei gewesen ist, durch die alle Anfragen und Informationen von unten her an HITLER und durch die alle Anordnungen und Weisungen von HITLER nach unten hin gelaufen sind.

Es ist richtig, dass ein Mann an einer solchen Stelle einen grossen Einfluss haben kann, wenn an der obersten Spitze ein beeinflussbarer Mann steht; es ist aber ebenso richtig zu sagen, dass ein Mann in einer solchen Kanzlei eine rein formale Rolle spielen kann als Chef einer Durchlaufstelle, wenn an der obersten Stelle ein nicht beeinflussbarer diktatorischer Autokrat steht und wenn der Leiter der Kanzlei keinen besonderen Ehrgeiz und keine besonderen Faehigkeiten besitzt.

Die langen Kontroversen der Verhandlungen in diesem Saale haben gezeigt, welche der beiden Alternativen die wahrscheinlichere ist. Dass nach unten hin auch bei der zweiten Alternative der Leiter der Kanzlei als einflussreich erscheint, weil oben alles durch seine Hand geht, weil jeder Befehl fuer die Untergebenen diese Stelle passiert und

H2764 - 0030

weil dort zur Berichterstattung alle Redner erscheinen muessen, die draussen im Range bei den anderen Mitarbeitern aufgetreten sind. Diese Mitarbeiter und Untergebene, wie hoch sie auch immer im Range gestanden haben moegen, die zum Teil sogar den Leiter der Parteikanzlei gefuerchtet haben moegen, -vielleicht aus Gruenden, die nur in ihrer Person und ihren Missgriffen gelegen haben- diese Menschen sind nicht geeignet, uns darueber aufzuklaeren, welche der beiden aufgezeigten Alternativen die richtige ist. Solange nicht BORMANN selbst erscheint und gehoert werden kann, ist daher die wahre Rolle BORMANNS immer von Zwielicht umwittert. Niemand, auch das hohe Gericht nicht, wird ein sicheres Urteil faellen koennen. Der Gesamtsachverhalt bleibt zweifelhaft.

Er bleibt aber auch in allen Einzelfragen zweifelhaft. Ich will dies hier nur an einigen wenigen Beispielen eroertern.

Mein geschaetzter Mitverteidiger, Herr DR. THOMA, hat darueber Ausfuehrungen gemacht, dass BORMANN den Angeklagten ROSENBERG gehindert habe, seine Politik zu verfolgen. Er hat sich dafuer auf das Memorandum DR. STELLBRINKS, vorgelegt als R-36, bezogen. Dieses Schreiben aber ist nichts als eine Glosse ueber ein unbekanntes, nicht vorliegendes BORMANN-SCHREIBEN. STELLBRINK erklaert expressis verbis, dass er die Formulierungen BORMANNS in die Sprache eines einfachen Angehoerigen der deutschen Zivilverwaltung uebersetzt und sie zugespitzt darstelle. Nur BORMANN koennte daher in diesem Falle uns aufklaeren, ob er sein Schreiben ueberhaupt so verstanden haben wollte, ob nicht STELLBRINK Sinn und Geist des BORMANN-Schreibens verdreht hat,

H2764 – 0031

und nur BORMANN koennte uns Aufschluss darueber geben, ob nicht dieses Schreiben, wie fast alle BORMANN-DOKUMENTE, die unterbreitet worden sind, lediglich die Aeusserung eines unteren Reichsleiters oder HITLERS weitergegeben hat. So erscheint also gerade auch dieser Fall voellig zweifelhaft. Eine Aufklaerung wird kaum zu erwarten sein.

Ferner muss darauf hingewiesen werden, dass fast alle Dokumente, die die Anklagebehoerde in ihr Dokumentenbuch aufgenommen hat, in der Regel reine Uebergaben und Veroeffentlichungen eines HITLERBEFEHLS oder einer HITLERANORDNUNG darstellen. BORMANN hat diese Anordnungen an die untergeordneten Stellen mit Begleitschreiben weitergeleitet, damit diese Stellen als betroffene davon Kenntnis nehmen konnten. Dies ist eine Taetigkeit, die bueromaessig auch in der schlimmsten Tyrannei, in der verwerflichsten Willkuerherrschaft vollzogen werden muss, um wieviel mehr in einem modernen Staatsgebilde, was auch das nationalsozialistische Reich gewesen ist. Irgendein Mann muss alle Anordnungen und Befehle an die untergebenen Stellen weiterleiten. Das ist eine rein formale Taetigkeit. Sie koennte ebenso gut von einem schlichten Kanzleidiener wie von einem glaenzenden Reichsleiter vollbracht werden.

Aus der bueromaessigen Weitergabe solcher Anordnungen, -ich nenne als Beispiele die Dokumente 069-PS, 1950-PS, 656-PS, 058-PS, 205-PS, ja selbst das beruechtigte Dokument 047-PS kann nur als die Weiterleitung einer HITLERISCHEN Weisung und Aussage erkannt werden-, aus einer solchen Art von Weitergabe kann niemand den Schluss ziehen,

H2764 – 0032

dass der Weiterleitende einen Einfluss auf die Erlasse, Befehle und Entscheidungen gehabt hat. Es ist moeglich, aber es ist nicht mit Sicherheit erwiesen.

Diese Frage des Einflusses muesste aber vor einem Urteil voellig geklaert sein. Denn selbst wenn in der kanzleimaessigen Weitergabe eines Befehls eine Schuld gefunden werden koennte, -wobei man dann schliesslich zur Verurteilung selbst der Frauen kaeme, die solche Befehle mit der Schreibmaschine geschrieben haben- so waere vor dem Spruch der Gerechtigkeit bei solcher Aktenerledigung von Befehlen die Hoehe und Schwere der Strafe sehr verschieden von der zu beurteilen, die den Mann treffen muesste, der solche Befehle und Entscheidungen als Massgebender mit verursacht und durch seinen Einfluss und Rat bei dem Staatsoberhaupt herbeigefuehrt hat. All dies ist bei BORMANN nicht geklaert, ist und bleibt zweifelhaft. Das leere Wort der Mitangeklagten, deren Motive nie voellig enthuellt werden koennen, das Wort von einem grossen, ja sogar diabolischen Einfluss BORMANNS ist kein Beweis.

Wieder andere Dokumente des Anklagebuches erweisen nur, dass BORMANN, entsprechend der Verordnung vom 29. Mai 1941 2099-PS und der Verordnung vom 24. Januar 1942 2100-PS, den Schriftverkehr zwischen den einzelnen Reichsleitern vermittelt und deren Wuensche und Anregungen weitergeleitet hat. Ich bezeichne als Beispiel die Dokumente 056-PS, 072-PS, 061-PS 656-PS, 205-PS. Niemand kann aus dieser Vermittlertaetigkeit, die bueromaessig notwendig war, mit Sicherheit auf die Groesse und wahre Natur eines Einflusses BORMANNS schliessen.

H2764 - 0033

weitere Dokumente zeigen, dass BORMANN sehr haeufig als blosser Stenograph gedient hat, indem er bei den Besprechungen HITLERS mit einigen der Angeklagten die erforderlichen Aufzeichnungen gemacht hat. Dies erweist das Dokument L-221 ueber die Ostdeportation und das russische Dokument USSR-172. Solche Dokumente klaeren jedenfalls nicht, ob und in welcher Weise BORMANN bei solchen Sitzungen die Politik und die Massnahmen des Dritten Reiches beeinflusst hat. Ein Stenograph ist nach aller Regel ohne jeden Einfluss. Er uebt nur eine automatische Taetigkeit aus.

Ich moechte hier nicht missverstanden werden. Es liegt mir ferne, abzustreiten, dass BORMANN eine grosse Stellung innerhalb der Fuehrung des Dritten Reiches besessen hat. Es ist aber keine Klarheit in diesem Verfahren darueber gewonnen worden, welches wirkliche Gewicht BORMANN in die Waagschale zu werfen hatte oder wie weit seine Bedeutung von dem besessen Gewissen Dritter vergroessert und vergroebert worden ist, und endlich, worin eigentlich sein Einfluss bestanden hat. Erklaerungen der uebrigen Angeklagten, die zur ihrer eigenen Verteidigung gemacht worden sind, sind keine anerkennenswerten Beweismittel. Das Dokumentenbuch der Staatsanwaltschaft enthaelt jedoch fast nur Dokumente, die ich sie eben erst naeher beleuchtet habe.

Mit aller Exaktheit hat BORMANN immer nur das getan, was eben in Deutschland als Gesetz gueltig gewesen ist. Das ergeben die von mir vorgelegten Dokumente, z. B. BORMANN-Exhibit Nr. 2,3,5,7,, in

H2764 - 0034

denen er mehrfach Parteidienststellen darauf hingewiesen hat, dass irgendwelches illegale Vorgehen gegen Juden nicht erlaubt sei.

Es ist kennzeichnend fuer den Fall BORMANN, dass ihm selbst Massnahmen gegen die Juden nicht nachgewiesen sind. Immer nur hat er solche Anordnungen weitergegeben, zur Kenntnis gebracht oder sonst veroeffentlicht, wie dies durch die Gesetze vorgeschrieben war und sich aus seiner Stellung als Parteisekretaer bueromaessig ergeben hatte. Selbst die grosse Besprechung vom 12.11.1938, die unter dem Vorsitz Herrn GOERINGS stattgefunden hat, und aus der eine Reihe von Gesetzen gegen die Juden hervorgegangen ist, ist mit BORMANNS Person nur so weit verknuepft, dass eben BORMANN an Herrn GOERING die MITTEILUNG Anordnung zur Abhaltung einer solchen Besprechung weitergegeben hat. Welchen Einfluss BORMANN in diesen Fragen selbst genommen hat, ist jedenfalls ueberhaupt nicht geklaert. Wie aber soll ein gerechtes Gericht zu einem Urteil ueber die Hoehe einer angemessenen Strafe kommen, wenn der Anteil, wenn die Mitwirkung eines einzelnen Angeklagten an einer Tat nicht geklaert ist? Niemand kann dann sagen, dass der Sachverhalt keinem Zweifel unterliegt.

Durch das Dokumentenbuch der Anklagebehoerde erscheint fuer die erste Ueberlegung am sichersten erwiesen zu sein, dass BORMANN einer der Eifrigsten im Kampfe gegen die christlichen Kirchen gewesen ist. Hiefuer hat der Trial-Brief auch die meisten Dokumente zitiert. Es ist sicherlich richtig, dass BORMANN philosophisch und haltungsmaessig ein heftiger Gegner der christlichen Lehre gewesen ist. . Allein eine solche geistige Haltung ist weder eine Schuld noch gar ein

H2764 – 0035

Verbrechen vor der Gesamtheit der Menschheit, die so vielen verschiedenen Anschauungen ueber die Welt und die höheren Verknüpfungen huldigt und vielleicht noch viele erzeugen wird.

In der modernen Zeit leben sehr zahlreiche ueberzeugte Atheisten. Auch in anderen Staaten des Erdkreises gibt es erlaubte Organisationen, die gegen die christliche Form der Weltdeutung ankämpfen, und es hat an der Wende unseres Jahrhunderts grosse Vereine in vielen Ländern gegeben, die den reinen Materialismus als philosophisches System und die Verneinung seelischer Tatbestände offen auf ihr Panier geschrieben hatten. Es wird niemand das Recht dafuer bestraft werden können, weil er die Lehrsaetze seiner Weltanschauung Dritten beibringen und Dritte zu seinem Standpunkt bekehren möchte. Die moderne Welt kennt noch den Scheiterhaufen der Inquisition.

BORMANN könnte daher nur bestraft werden, wenn ihm die Teilnahme an einer echten religiösen Verfolgung und nicht nur an einem weltanschaulichen Kampfe nachgewiesen wäre.

Die beiden bedeutendsten Beweisdokumente, die die Staatsanwaltschaft gegen BORMANN vorgebracht hat, nämlich die Dokumente 1-75 und 089-13 zeigen meiner Ansicht nach nicht, dass der Angeklagte MARTIN BORMANN gegen die Kirchen als religiösen Institutionen herrschaftsmässig etwas unternommen hat.

Die Quintessenz des Dokumentes 1-75 findet sich in dem Satz, es sei

H2764 - 0036

aus der Unvereinbarkeit nationalsozialistischer und christlicher Anschauungen zu folgern, dass eine Staerkung bestehender und jede Foerderung entstehender christlicher Konfessionen von der Partei abzulehnen sei. Unerheblich ist es, aus welchen heftigen Begruendungen heraus BORMANN zu einer solchen Schluss-sentenz seines Schreibens kommt. Dass die Unterlassung einer Staerkung einer philosophisch bekaempften religoesen Anschauung keinen religioese Verfolgung darstellt, braucht nicht erst eroertert zu werden. Niemand ist verpflichtet, eine religioese Anschauung zu bestaerken. Es ist nicht erlaubt, sein Augenmerk nur auf erregte Begruendungen dafuer, dass die Bestärkung einer Religion unterlassen werden solle, zu richten und die Schlussfolgerung solcher Ueberlegungen ausser Acht zu lassen.

Dabei ist weiter wichtig, dass dieses Dokument nur in einer Kopie auf uns gekommen ist, die ein protestantischer Priester, namens MISCHNOLZ, sich selbst angefertigt hat. Ob daher der Inhalt der BORMANNSCHEN Ausfuehrungen durch das Dokument voellig richtig wiedergegeben wird, ist ueberhaupt nicht erwiesen. In dieser Form stellt das Dokument jedenfalls keinen echten Beweis dar.

Das Dokument 089-PS, das als echt anerkannt werden kann, enthaelt wohl eine sehr scharfe Stellungnahme BORMANNS gegen die Kirchen. Es endet aber, -und das allein duerfte das Urteil pruefen,- damit, dass es ausspricht, es duerfe keinem nationalsozialistischen Lehrer die Erteilung des christlichen Religionsunterrichtes zum Vorwurf

H2764 – 0037

gemacht und es muesse sogar in einem solchen Falle die Bibel im unverfaelschten Text verwendet werden; jede Umdeutung, Auslegung oder Auseinandertrennung des Textes der Bibel sei zu unterlassen. BORMANN stellt sich also trotz seines vorangegangenen philosophischen Angriffes auf die Kirche damit auf den grundsaetzlichen Standpunkt, dass die christliche Lehre unbedingt verbreitet werden duerfe. Koennte einem so starken Gegner einer Lehre eine loyalere Haltung zugemutet werden?

Auch die uebrigen Beweisdokumente offenbaren keine wirklichen Verfolgungsmassnahmen. Dass BORMANN die Aufnahme von Priestern oder von Mitgliedern gewisser religioeser Vereine in die Partei auf einen Befehl Hitlers hin untersagt hat, dass er auf Befehl HITLERS es verboten hat, Priester in leitende Stellungen in der Partei zum Zwecke der Verhuetung von Zwistigkeiten zu berufen, ist keine Religionsverfolgung. Dass er im Kriege verlangt hat, die Kirche muesse die gleichen gleichen Opfer bringen wie die uebrigen staatlichen Institutionen, stellt keine verbrecherische Massnahme aus religioesen Gruenden dar. Dass er im Rahmen der Beschlussung vieler weltlicher Zeitschriften, die erfolgen sollte, um die Menschenreserven der Nation besser auszunutzen, auch die Schliessung kirchlicher Institute betrieben hat, dass er im Rahmen der Beschraenkung der Auflageziffern und des Seitenumfanges weltlicher Zeitschriften auch kirchliche Zeitschriften beschraenkt sehen wollte, faellt nicht unter Par. 6 c des Statuts.

H2764 - 0038

Es ist richtig, dass er sich hier unter anderem auch von seiner antikirchlichen Einstellung hat leiten lassen. Wenn aber auch sonst in Deutschland gegen andere Institutionen und andere Zeitschriften die gleichen Massnahmen ergriffen worden sind, Massnahmen, die als Kriegsmassnahmen nur voruebergehend sein sollten, so kann im eigentlichen Sinne von einer religiösen Verfolgung nicht die Rede sein.

Dass BORMANN die Verfolgung von Priestern auch nur mit veranlasst hatte, ist ueberhaupt nicht vorgetragen und erwiesen worden.

Alle Dokumente ergeben, dass BORMANN sich immer an die Bestimmungen, die rechtswirksam waren, gehalten hat, sodass sicherlich er, der so eifrig auf die Einhaltung HITLERSCHER Befehle bedacht war, den STOMMELSCHEN Erlass auf das bestimmteste beachtet hat, der zu Anfang des Krieges angeordnet hatte, dass alle Massnahmen gegen die Kirchen einzustellen seien.

Es kann also abschliessend gesagt werden, dass auch auf diesem Gebiete trotz der vielen vorgelegten Dokumente eine wirkliche Klarheit nicht gewonnen werden konnte. Dokumente allein sind nicht ausreichend, den Sachverhalt jeden Zweifel zu entziehen. Insbesonders in bezug auf die Bedeutung und das Schwergewicht der BORMANNSCHEN Beteiligungen an kirchenverfolgerischen Massnahmen erscheint die persoenliche Verantwortung BORMANNS als notwendig. So bleibt daher auch dieser Tatbestand in ein gewisses Dunkel gehuellt. Die Grundlage fuer eine gerechte Beurteilung der Strafhoehe kann nicht gewonnen werden.

H2764 - 0039

Ich will die Zeit des hohen Gerichtes nicht mit der Aufreisung von weiteren Einzelheiten in Anspruch nehmen. Ich glaube, die Hinweise, die ich jetzt gegeben habe, sind genuegend, um zu beleuchten, dass selbst die von der Staatsanwaltschaft vorgelegten Dokumente jedenfalls nur das Eine mit Sicherheit beweisen, dass BORMANN, "wie das Gesetz es befahl", als Leiter der Parteikanzlei in den bueroma essigen, streng hierarchischen Verkehr zwischen der Spitze des Reiches und den untergeordneten Stellen und in dem Verkehr zwischen diesen untergeordneten Stellen eingeschaltet war.

Alles andere sind Vermutungen, die nicht voellig klar erwiesen sind, jedenfalls nicht mit der Zweifellosigkeit, die der Gerechtigkeit erforderlich erscheinen muss, um ein Urteil in Abwesenheit und ohne Anhoeren des Angeklagten auch der Hoehe der Strafe nach fällen zu koennen. Um die Gestalt BORMANNS, sein Wirken und sein Fortleben, hat sich leider schon die Legende gesponnen. Legenden aber sind fuer den nuechternen Blick des Juristen keine vollgueltigen Grundlagen fuer ein sicheres, zweifelsfreies Urteil.

Im Hinblicks des vom Statute in der Rechtsgeschichte aller Zeiten und Voelker geschaffenen Novums, ueber einen abwesenden Angeklagten ein endgueltiges und irrevisibles Urteil/fällen zu lassen, bitte ich das Hohe Gericht, sein Recht, ein solches Verfahren durchzufuehren, nur unter Beachtung der bisherigen Rechtsanschauungen wahrzunehmen und insbesonders bei der Pruefung die Voraussetzungen zu erwegen, die das russische Recht in einer besonders exakten Weise ausgedrueckt hat.

H2764 - 0040

Ich beantrage daher ausdruecklich, das Hohe Gericht moege beschliessen, das Verfahren gegen den Angeklagten BORMANN bis zur Ermoeglichung seiner persoenlichen Einvernahme und seiner persoenlichen Rechtfertigung abzusetzen und von der Ausuebung seines Rechtes nach Par. 12 abzusehen.

Dr. Friedrich Bergold

H2764 - 0041

Attorney-at-law Dr. Friedrich Bergold
Defense Counsel for Martin Bormann

Nuernberg, 2 October 1946

To the

High Control Council

Through the General Secretary
of the International Military Tribunal

As the Defense Counsel appointed by the International Military Tribunal for the defendant MARTIN BORMANN, I hereby submit

application for review of the judgment

pronounced by the International Military Tribunal on 30 September and 1 October 1946, and request that the High Control Council by decision dismiss the judgment of 30 September and 1 October 1946 insofar as it was pronounced against the defendant MARTIN BORMANN, and

either itself pronounce the suspension of proceedings against MARTIN BORMANN

or instruct the International Military Tribunal once more to review the decision of 22 November 1945 by which decision the International Military Tribunal, under Paragraph 12 of the Charter, determined to proceed with the case against MARTIN BORMANN in absentia.

In the event that the High Control Council should not be willing to grant the above application for review, I make

application

that the High Tribunal mitigate the judgment issued against the defendant MARTIN BORMANN by granting in place of the death sentence which was pronounced a prison sentence determined at the discretion of the High Control Council.

H2764 - 0042

Argument

A

I am of the opinion that the provisions of Paragraphs 26 and 29 of the Charter do not prevent submitting an application for review of the judgment from the procedurally judicial point of view. Paragraph 26 establishes only that the judgment concerning the guilt or innocence of a defendant is final and incontrovertible. Therefore, the objection cannot be made that the judgment violates the materially judicial provisions of the Charter. But in my opinion the objection can be raised that the Tribunal violated the procedurally judicial provisions of the Charter insofar as the "just trial" prescribed by the Charter (see heading of Section IV of the Charter) was not guaranteed, through the violation.

Paragraph 29 in Sentence 2 of Subparagraph 1 gives the High Control Council the right not only to mitigate a judgment which has been issued but also "to alter it in other ways". That means that the judgment may be completely dismissed and the case may be referred back to the International Military Tribunal for further review.

I rebuke the International Military Tribunal for refusing the application which I made in the session of 22 July 1946 to suspend the proceedings against MARTIN BORMANN until his apprehension. The International Military Tribunal gave as the reason for this that I had submitted this application too late. I further rebuke the International Military Tribunal for not allowing the presentation of the legal reasons why the principles of justice would demand the suspension of proceedings in the particular case of the defendant MARTIN BORMANN and not reviewing them (see Official Transcript of the morning session of 22 July 1946. German Text, Pages 13611-13613.).

H2764 - 0043

The statement of the Court that I had made the application belatedly did not take into consideration that I did not learn of the testimony of the witness KEMPKA until 3 July 1946. As late as 29 June 1946 the representative of the American Prosecution stated that the witness KEMPKA had not been found (see Official Transcript of the morning session of 29 June 1946, German Text, Page 12360). Not until 3 July 1946 did I learn for the first time with certainty of this testimony (see Official Transcript of the Afternoon Session of 3 July 1946, German Text, Pages 12578-12585).

The Court recognized in its judgment that I had to work under difficult circumstances. No fair reproach of belatedness can be made against me since, because I had no insight into the material of the Prosecution and because the defendant was absent, I could obtain evidence only by accident. As the Official Transcript of the morning session of 29 June 1946, Page 12361 in the German Text, shows, the Prosecution as early as the autumn of 1945 knew of the existence of KEMPKA and his presumable testimony. I should like to point out that it would no doubt have been fair if the American Prosecution, because of the particular difficulties of my defense, had, in fulfillment of the task assigned it under Paragraph 15 of the Charter, officially submitted this evidence to the Tribunal in due time and had thus brought it to my attention as well. In any event, it is my opinion that the International Military Tribunal could not have rejected my application as belated if the provisions of the Charter which provide for a just trial were to be observed. Even if the Charter has not given individual regulations on this subject, nevertheless on the whole it wanted to be in accord with "recognized legal principles" (see explanation of the judgment of 30 September and 1 October 1946 THE ACCUSED ORGANIZATIONS German Text, Page 139, last paragraph, third sentence). It is, however, a generally recognized legal principle that in no proceeding can an application which is handed in belatedly because of circumstances beyond control be rejected because of such unavoidable delay.

H2764 - 0044

The International Military Tribunal should therefore have undertaken a thorough examination of my application of 22 July 1946 and should not have rejected it immediately as belated. In my plea which I submitted to the International Military Tribunal, I explained in detail on Pages 1 to 10 that the provisions of the Charter, according to which a judgment in absentia under Paragraph 26 is final and incontrovertible as far as the verdict is concerned, constitute an innovation in the entire legal history of European and American civilization, and that they fail to observe a principle of Justice which has been established in legal history since the times of the Romans, the principle of giving the defendant a legal hearing after his apprehension. In order not to burden the present application unnecessarily, I therefore take the liberty of referring the High Control Council to the arguments of my plea, Pages 1 to 10, and state that I expressly wish to designate these arguments as repeated here, and that I should like to ask the High Control Council to read them in my plea, which is available in all necessary translations. I shall enclose the plea in German with this application.

The International Military Tribunal in its judgment of 30 September and 1 October 1946, in the part of the judgment affecting the accused organizations, in its introductory remarks (Page 139, last paragraph in the German version of the judgment) states that the discretion allowed the International Military Tribunal is of a judicial nature and leaves no room for arbitrary decisions, and that furthermore the judicial discretion "should be exercised in accordance with well-settled legal principles". This legal opinion expressed by the International Military Tribunal is correct. This must also be considered in the examination of the question of discretion which the Court has to exercise in applying the law according to Paragraph 12 of the Charter, if it is to hold a trial in absentia.

H2764 - 0045

I am, therefore, of the opinion that the International Military Tribunal, with its decision of 22 November 1945 and its statement of 22 July 1946, might not have exercised this discretion quite correctly. In my plea I said that to supplement the provisions of Paragraph 12 of the Charter recognized legal principles heretofore observed in the juridical procedure of nations should be applied. And I pointed out especially that the rules of Russian law contain these recognized legal principles most clearly. These legal principles would permit the trial in absentia of the defendant MARTIN BORMANN only if

1. it is proved that the defendant is intentionally and willfully absenting himself from the Court, and
2. there is no doubt of any kind with regard to the state of affairs.

I said in my plea that it has not been proved that MARTIN BORMANN is intentionally and willfully absenting himself from the Court. The testimony of KEMPKA, at least -- quite aside from the fact that the death of the defendant has been shown to be highly probable -- makes it quite probable that BORMANN was seriously injured in the tank explosion. Therefore, the possibility of his physical inability to appear before the Court is not out of the question. In any event, there can be no question of proof that BORMANN is intentionally absenting himself from the Court. I therefore have no doubt that the first condition for a trial in absentia is not fulfilled.

In my plea I further said that the state of affairs is not "subject to no doubt of any kind". In this connection I also refer to my plea and should like to consider it repeated here.

H2764 - 0046

Even the International Military Tribunal was not able to state in its judgment (German Text 295, last paragraph) that the state of affairs was beyond any doubt. The International Military Tribunal stated: "His defense counsel, who had to work under difficult circumstances, was not able to refute the evidence. In view of the documents which bear BORMANN's signature, it is hard to say whether he would have succeeded in this even if the defendant had been present." This shows, however, that even the International Military Tribunal was not able to eliminate a doubt with regard to the state of affairs.

If the International Military Tribunal in its judgment (last sentence of the above-mentioned paragraph) leaves it to the High Control Council for Germany to take mitigating circumstances into consideration after BORMANN's apprehension and then to change and mitigate the judgment, the International Military Tribunal overlooks the fact that the judgment is to be executed immediately after the apprehension of the defendant. The High Control Council has approved a period of only four days for the submission of applications for clemency. After the capture of BORMANN the defense counsel could not in such a short period undertake a detailed examination of the entire state of affairs together with the defendant. A considerably longer period of time would certainly be necessary for this, and the presentation of mitigating circumstances would certainly make necessary further taking of evidence. This taking of evidence could be carried out only before a court. According to Paragraph 29 of the Charter, however, new evidence can be used only as a basis for a new charge. Thus, if the judgment stands, the defendant MARTIN BORMANN is deprived of any opportunity to prove mitigating circumstances. But this would violate the provisions for a just trial which provide that the defendant may present all necessary evidence for his defense (Paragraph 16 e of the Charter).

Since, as stated, the International Military Tribunal itself in its judgment was not able to eliminate all doubt with regard to the state of affairs and expects a later presentation of mitigating evidence by the apprehended defendant, in this particular case the decision

H2764 - 0047

of the Court to hold the trial in absentia according to Paragraph 12 of the Charter is a violation of the provisions for a just trial as well as of the internationally generally recognized legal principles.

I am, therefore, of the opinion that my application for review of the judgment, its dismissal, and the suspension of the proceedings is justified.

B

In the event that my application for review of the judgment is not granted, I have made, above, a plea for clemency to the High Control Council to the effect that, in place of the death sentence which was pronounced, the defendant MARTIN BORMANN be granted a prison sentence.

If the High Control Council does not wish to recognize the legal arguments on behalf of review of the judgment with a view to dismissing the judgment, these legal arguments must nevertheless lead to dismissing the judgment with respect to the death sentence.

No one can eliminate the possibility that the defendant, if he had been present, might have been able to prove considerably mitigating circumstances in view of which the pronouncement of a death sentence would no longer have appeared justified. Precisely the unexcludable fact that the state of affairs is not completely beyond doubt and the fact that after the capture of BORMANN there will be no adequate opportunity to review the entire case against BORMANN and perhaps to present extensive counter-evidence, would make it seem just not to pronounce the death death sentence.

Because of the difficulty of my situation, which was recognized by the International Military Tribunal, because of the absence of BORMANN, I am not able to present mitigating circumstances now because I lack any opportunity to obtain information.

I believe therefore that at least my application for clemency is justified.

(Signed) Dr. Bergold

Attorney-at-law Dr. Friedrich Bergold
Defense Counsel for Martin Bormann

Nuernberg, 2 October 1946

To the

High Control Council

Through the General Secretary
of the International Military Tribunal

As the Defense Counsel appointed by the International Military Tribunal for the defendant MARTIN BORMANN, I hereby submit

application for review of the judgment

pronounced by the International Military Tribunal on 30 September and 1 October 1946, and request that the High Control Council by decision dismiss the judgment of 30 September and 1 October 1946 insofar as it was pronounced against the defendant MARTIN BORMANN, and either itself pronounce the suspension of proceedings against MARTIN BORMANN

or instruct the International Military Tribunal once more to review the decision of 22 November 1945 by which decision the International Military Tribunal, under Paragraph 12 of the Charter, determined to proceed with the case against MARTIN BORMANN in absentia.

In the event that the High Control Council should not be willing to grant the above application for review, I make

application

that the High Tribunal mitigate the judgment issued against the defendant MARTIN BORMANN by granting in place of the death sentence which was pronounced a prison sentence determined at the discretion of the High Control Council.

H2764 – 0048

H2764 - 0049

Argument

A

I am of the opinion that the provisions of Paragraphs 26 and 29 of the Charter do not prevent submitting an application for review of the judgment from the procedurally judicial point of view. Paragraph 26 establishes only that the judgment concerning the guilt or innocence of a defendant is final and incontrovertible. Therefore, the objection cannot be made that the judgment violates the materially judicial provisions of the Charter. But in my opinion the objection can be raised that the Tribunal violated the procedurally judicial provisions of the Charter insofar as the "just trial" prescribed by the Charter (see heading of Section IV of the Charter) was not guaranteed, through the violation.

Paragraph 29 in Sentence 2 of Subparagraph 1 gives the High Control Council the right not only to mitigate a judgment which has been issued but also "to alter it in other ways". That means that the judgment may be completely dismissed and the case may be referred back to the International Military Tribunal for further review.

I rebuke the International Military Tribunal for refusing the application which I made in the session of 22 July 1946 to suspend the proceedings against MARTIN BORMANN until his apprehension. The International Military Tribunal gave as the reason for this that I had submitted this application too late. I further rebuke the International Military Tribunal for not allowing the presentation of the legal reasons why the principles of justice would demand the suspension of proceedings in the particular case of the defendant MARTIN BORMANN and not reviewing them (see Official Transcript of the morning session of 22 July 1946. German Text, Pages 13611-13613.).

H2764 – 0050

The statement of the Court that I had made the application belatedly did not take into consideration that I did not learn of the testimony of the witness KEMPKA until 3 July 1946. As late as 29 June 1946 the representative of the American Prosecution stated that the witness KEMPKA had not been found (see Official Transcript of the morning session of 29 June 1946, German Text, Page 12360). Not until 3 July 1946 did I learn for the first time with certainty of this testimony (see Official Transcript of the Afternoon Session of 3 July 1946, German Text, Pages 12578-12585).

The Court recognized in its judgment that I had to work under difficult circumstances. No fair reproach of belatedness can be made against me since, because I had no insight into the material of the Prosecution and because the defendant was absent, I could obtain evidence only by accident. As the Official Transcript of the morning session of 29 June 1946, Page 12361 in the German Text, shows, the Prosecution as early as the autumn of 1945 knew of the existence of KEMPKA and his presumable testimony. I should like to point out that it would no doubt have been fair if the American Prosecution, because of the particular difficulties of my defense, had, in fulfillment of the task assigned it under Paragraph 15 of the Charter, officially submitted this evidence to the Tribunal in due time and had thus brought it to my attention as well. In any event, it is my opinion that the International Military Tribunal could not have rejected my application as belated if the provisions of the Charter which provide for a just trial were to be observed. Even if the Charter has not given individual regulations on this subject, nevertheless on the whole it wanted to be in accord with "recognized legal principles" (see explanation of the judgment of 30 September and 1 October 1946 THE ACCUSED ORGANIZATIONS German Text, Page 139, last paragraph, third sentence). It is, however, a generally recognized legal principle that in no proceeding can an application which is handed in belatedly because of circumstances beyond control be rejected because of such unavoidable delay.

H2764 - 0051

The International Military Tribunal should therefore have undertaken a thorough examination of my application of 22 July 1946 and should not have rejected it immediately as belated. In my plea which I submitted to the International Military Tribunal, I explained in detail on Pages 1 to 10 that the provisions of the Charter, according to which a judgment in absentia under Paragraph 26 is final and incontrovertible as far as the verdict is concerned, constitute an innovation in the entire legal history of European and American civilization, and that they fail to observe a principle of Justice which has been established in legal history since the times of the Romans, the principle of giving the defendant a legal hearing after his apprehension. In order not to burden the present application unnecessarily, I therefore take the liberty of referring the High Control Council to the arguments of my plea, Pages 1 to 10, and state that I expressly wish to designate these arguments as repeated here, and that I should like to ask the High Control Council to read them in my plea, which is available in all necessary translations. I shall enclose the plea in German with this application.

The International Military Tribunal in its judgment of 30 September and 1 October 1946, in the part of the judgment affecting the accused organizations, in its introductory remarks (Page 139, last paragraph in the German version of the judgment) states that the discretion allowed the International Military Tribunal is of a judicial nature and leaves no room for arbitrary decisions, and that furthermore the judicial discretion "should be exercised in accordance with well-settled legal principles". This legal opinion expressed by the International Military Tribunal is correct. This must also be considered in the examination of the question of discretion which the Court has to exercise in applying the law according to Paragraph 12 of the Charter, if it is to hold a trial in absentia.

H2764 - 0052

I am, therefore, of the opinion that the International Military Tribunal, with its decision of 22 November 1945 and its statement of 22 July 1946, might not have exercised this discretion quite correctly. In my plea I said that to supplement the provisions of Paragraph 12 of the Charter recognized legal principles heretofore observed in the juridical procedure of nations should be applied. And I pointed out especially that the rules of Russian law contain these recognized legal principles most clearly. These legal principles would permit the trial in absentia of the defendant MARTIN BORMANN only if

1. it is proved that the defendant is intentionally and willfully absenting himself from the Court, and
2. there is no doubt of any kind with regard to the state of affairs.

I said in my plea that it has <u>not</u> been <u>proved</u> that MARTIN BORMANN is intentionally and willfully absenting himself from the Court. The testimony of KEMPKA, at least -- quite aside from the fact that the death of the defendant has been shown to be highly probable -- makes it quite probable that BORMANN was seriously injured in the tank explosion. Therefore, the possibility of his physical inability to appear before the Court is not out of the question. In any event, there can be no question of proof that BORMANN is intentionally absenting himself from the Court. I therefore have no doubt that the first condition for a trial in absentia is not fulfilled.

In my plea I further said that the state of affairs is not "subject to no doubt of any kind". In this connection I also refer to my plea and should like to consider it repeated here.

H2764 - 0053

Even the International Military Tribunal was not able to state in its judgment (German Text 295, last paragraph) that the state of affairs was beyond any doubt. The International Military Tribunal stated: "His defense counsel, who had to work under difficult circumstances, was not able to refute the evidence. In view of the documents which bear BORMANN's signature, it is hard to say whether he would have succeeded in this even if the defendant had been present." This shows, however, that even the International Military Tribunal was not able to eliminate a doubt with regard to the state of affairs.

If the International Military Tribunal in its judgment (last sentence of the above-mentioned paragraph) leaves it to the High Control Council for Germany to take mitigating circumstances into consideration after BORMANN's apprehension and then to change and mitigate the judgment, the International Military Tribunal overlooks the fact that the judgment is to be executed immediately after the apprehension of the defendant. The High Control Council has approved a period of only four days for the submission of applications for clemency. After the capture of BORMANN the defense counsel could not in such a short period undertake a detailed examination of the entire state of affairs together with the defendant. A considerably longer period of time would certainly be necessary for this, and the presentation of mitigating circumstances would certainly make necessary further taking of evidence. This taking of evidence could be carried out only before a court. According to Paragraph 29 of the Charter, however, new evidence can be used only as a basis for a new charge. Thus, if the judgment stands, the defendant MARTIN BORMANN is deprived of any opportunity to prove mitigating circumstances. But this would violate the provisions for a just trial which provide that the defendant may present all necessary evidence for his defense (Paragraph 16 e of the Charter).

Since, as stated, the International Military Tribunal itself in its judgment was not able to eliminate all doubt with regard to the state of affairs and expects a later presentation of mitigating evidence by the apprehended defendant, in this particular case the decision

H2764 – 0054

of the Court to hold the trial in absentia according to Paragraph 12 of the Charter is a violation of the provisions for a just trial as well as of the internationally generally recognized legal principles.

I am, therefore, of the opinion that my application for review of the judgment, its dismissal, and the suspension of the proceedings is justified.

B

In the event that my application for review of the judgment is not granted, I have made, above, a plea for clemency to the High Control Council to the effect that, in place of the death sentence which was pronounced, the defendant MARTIN BORMANN be granted a prison sentence.

If the High Control Council does not wish to recognize the legal arguments on behalf of review of the judgment with a view to dismissing the judgment, these legal arguments must nevertheless lead to dismissing the judgment with respect to the death sentence.

No one can eliminate the possibility that the defendant, if he had been present, might have been able to prove considerably mitigating circumstances in view of which the pronouncement of a death sentence would no longer have appeared justified. Precisely the unexcludable fact that the state of affairs is not completely beyond doubt and the fact that after the capture of BORMANN there will be no adequate opportunity to review the entire case against BORMANN and perhaps to present extensive counter-evidence, would make it seem just not to pronounce the death death sentence.

Because of the difficulty of my situation, which was recognized by the International Military Tribunal, because of the absence of BORMANN, I am not able to present mitigating circumstances now because I lack any opportunity to obtain information.

I believe therefore that at least my application for clemency is justified.

(Signed) Dr. Bergold

H2764 – 0055

Dr. Friedrich BERGOLD
Avocat
Défenseur de Martin BORMANN

Nuremberg, le 2 Octobre 46.

Au

Conseil de Contrôle
pour l'Allemagne (Kontrollrat)

sous couvert de Monsieur le Secrétaire Général
du Tribunal Militaire International.

Chargé par le Tribunal Militaire International de la défense de l'accusé Martin BORMANN, j'ai l'honneur d'introduire contre le jugement prononcé par le Tribunal Militaire International, en date du 30.9/1.10.46 une requête en vue de la révision du jugement

et de prier

le Conseil de Contrôle (Kontrollrat) de bien vouloir, par décision, rapporter le jugement du 30.9./1.10.46 pour autant qu'il a été prononcé contre l'accusé Martin BORMANN,

ou suspendre la procédure contre Martin BORMANN,

ou inviter le Tribunal Militaire International à revoir la décision du 22 novembre 1945, par laquelle le Tribunal Militaire International a décidé, conformément au paragraphe 12 du Statut, d'engager la procédure contre Martin BORMANN, en l'absence de ce dernier.

H2764 - 0056

Martin BORMANN

Au cas où le Conseil de Contrôle n'accorderait pas la révision demandée,

je prie

le Conseil de Contrôle de bien vouloir atténuer le jugement prononcé contre l'accusé Martin BORMANN en commuant la peine de mort en une peine d'emprisonnement déterminée selon l'estimation du Conseil de Contrôle.

H2764 - 0057

Martin BORMANN

Exposé des motifs.

A.

Je suis d'avis que les dispositions des paragraphes 26 et 29 du Statut n'empêchent pas l'introduction selon les règles de la procédure d'une requête en vue de la révision du jugement. Le par. 26 stipule simplement que le jugement relatif à la culpabilité ou à l'innocence d'un accusé est définitif et n'est pas contestable. On ne peut donc pas invoquer une violation par le jugement des dispositions du Statut quant à l'établissement juridique des faits. Mais, selon mon opinion, on peut invoquer que le Tribunal a contrevenu aux prescriptions du Statut relatives aux règles de la procédure, pour autant que par la dite violation la "juste procédure" prescrite dans le Statut n'est pas restée assurée.(Voir le titre du paragraphe IV du Statut). Le par.29, dans la phrase 2 du par. I, donne au Conseil de Contrôle le droit non seulement d'atténuer un jugement prononcé, mais encore " de le modifier d'une autre manière". Cela signifie que le jugement peut aussi être entièrement levé et que l'affaire peut éventuellement être renvoyée au Tribunal Militaire International en vue d'un nouvel examen.

Je reproche au Tribunal Militaire International d'avoir, au cours de la séance du 22 Juillet 1946, rejeté la requête présentée par moi, et tendant à surscoir à la procédure contre Martin Bormann, jusqu'à

H2764 - 0058

son arrestation. Le Tribunal Militaire International a fondé son refus sur le fait que j'avais présenté ma requête trop tard. Je reproche en outre au Tribunal de ne m'avoir pas laissé exposer et de n'avoir pas examiné les raisons de droit permettant aux principes de justice d'exiger la suspension de la procédure dans le cas particulier de Martin Bormann (Voir compte-rendu officiel de l'audience de la matinée du 22 Juillet 1946, pages 13611-13613 du texte allemand).

H2764 - 0059

Le Tribunal, en déclarant que j'ai présenté la requête trop tard, n'a pas considéré que je n'ai reçu que le 3 juillet 1946, la déposition du témoin KEMPKA. Le représentant de l'accusation américaine a déclaré le 29 juin 1946 que le témoin KEMPKA n'avait pas encore été retrouvé (voir compte-rendu officiel de la session de la matinée du 29 juin 1946, page 12360 du texte allemand).

Je n'ai reçu ces déclarations pour la première fois avec certitude que le 3.7.1946 (voir procès-verbal officiel de la session d'après-midi du 3.7.1946, pages 12578-12585 du texte allemand).

Le Tribunal a reconnu dans son jugement que j'exerçais mon activité dans des circonstances difficiles. On ne peut équitablement pas me reprocher un retard, étant donné que du fait que je n'ai pu prendre connaissance des éléments à la disposition du Ministère Public, et par suite de l'absence de l'accusé, je n'ai pu obtenir de preuves que par hasard. Comme il ressort du procès-verbal de l'audience d'après-midi du 29.6.1946, page 12361 du texte allemand, l'accusation connaissait déjà, en automne 1945, l'existence de KEMPKA et sa déclaration présumée.

Je désirerais rappeler à ce sujet, qu'il eût été équitable, si l'accusation américaine, eu égard aux difficultés particulières de ma défense, avait présenté officiel-

H2764 - 0060

lement en temps utile ses preuves au Tribunal et m'en avait fait part, conformément aux dispositions du § 15 du Statut . En tout cas, je précise que ma requête, vu les circonstances de ma défense, n'eut pas dû être repoussée comme trop tardive par le Tribunal Militaire International, si les prescriptions du Statut qui prévoient une procédure juste, avaient été prises en considération. Même si le Statut n'a pas donné à ce sujet de règles détaillées, on a cependant voulu qu'il s'inspirât "des principes de droit reconnus" (voir considérants du jugement des 30.9 et 1.10.1946 - les organisations accusées, page 139 du texte allemand, dernier paragraphe, troisième phrase).

C'est un principe de droit généralement reconnu, que dans aucune procédure, une requête présentée tardivement par suite de circonstances involontaires puisse être repoussée à cause de ce retard.

- 3 suite et fin -

H2764 - 0061

Le Tribunal Militaire International aurait donc dû soumettre ma requête du 22 juillet 1946 à un examen attentif et n'aurait pas dû la refuser de prime abord à cause du retard.

J'ai démontré aux pages 1 à 10 de mon plaidoyer adressé au Tribunal Militaire International, que les dispositions du Statut d'après lesquelles selon le § 26, un jugement par contumace déclarant la culpabilité est définitif et ne peut être contesté, représentent un Novum encore jamais rencontré dans l'histoire du droit des cercles culturels européens et américains, et qu'ainsi on n'observe pas un principe de justice fixé dans l'histoire du Droit depuis l'époque des Romains, à savoir le fait d'accorder le droit d'être entendu à un accusé après sa capture. Pour ne pas alourdir inutilement ma requête, je prie le Conseil de Contrôle de se référer aux déclarations de mon plaidoyer des pages 1 à 10 et je déclare que je désire encore confirmer expressément ces déclarations et je voudrais inviter le Conseil Suprême de Contrôle à les relire dans mon plaidoyer présenté dans les différentes langues. Je joins ce plaidoyer en texte allemand à cette requête.

Le Tribunal Militaire International a exposé dans les déclarations préliminaires de son jugement du 30.9/1.10.46 dans la partie concernant les organisations accusées

H2764 - 0062

(page 139, dernier paragraphe du texte allemand du jugement) qu'une faculté d'appréciation laissée au Tribunal Militaire International représente une fonction de juge et ne laisse pas place à des décisions arbitraires, mais bien plus que cette appréciation par le juge doit s'exercer "en accord avec les principes de droit universellement reconnus". Ce point de vue de droit exprimé par le Tribunal Militaire International est exact. On doit le considérer aussi en examinant la question de l'appréciation que le Tribunal doit résoudre dans l'exercice du droit, en vertu du § 12 du Statut, quand il s'agit d'une procédure par contumace.

H2764 -0063

Martin BORMANN

Je suis à présent d'avis que le Tribunal Militaire International par sa décision du 22 Novembre 1945 et sa déclaration du 22 Juillet 1946, n'a pas exercé entièrement cette faculté de peser le pour et le contre. J'ai fait valoir dans mon plaidoyer que pour compléter les prescriptions du § 1er de la Charte, il fallait tenir compte des principes juridiques de procédure exercés jusqu'aujourd'hui par les peuples. J'ai fait remarquer à ce sujet tout particulièrement que les prescriptions du droit russe exposent le plus clairement ces principes juridiques reconnus. Ces principes juridiques n'autoriseraient les débats en l'absence de Bormann que:
1) s'il est prouvé que l'accusé se dérobe volontairement et intentionnellement au Tribunal.
2) Si les faits ne donnent pas lieu au moindre doute.

J'ai démontré dans mon plaidoyer qu'il n'est pas prouvé que Bormann se soustraie volontairement et intentionnellement au Tribunal. Les déclarations de Kempka prouvent pour le moins-sans tenir compte du fait que la mort de l'accusé est démontrée comme plus que probable-qu'il est très vraisemblable que Bormann a été très gravement blessé lors de l'explosion du char. On peut dans ces conditions penser qu'il est possible qu'une incapacité physique empêche Bormann de paraître devant le Tribunal. En tout cas, il ne saurait être question de preuve permettant de dire que Bormann se soustrait volontairement au Tribunal. Il est donc pour moi

H2764 - 0064

certain que la première condition permettant d'engager une procédure par contumace n'est pas remplie.

Dans mon plaidoyer, j'ai exposé en outre que les faits ne sauraient être absolument hors de doute. En ceci, je me réfère également à mon plaidoyer et désire le rappeler ici.

H2764 - 0065

atténuantes, il serait nécessaire d'apporter des témoignages nouveaux. L'examen de ces dépositions ne pourrait s'effectuer que devant des juges. Mais d'après le § 29 du Statut, de nouveaux témoignages ne peuvent être utilisés que pour motiver une nouvelle accusation. De cette manière, si l'arrêt doit rester inchangé, l'accusé BORMANN est privé de toute possibilité de faire la preuve de circonstances atténuantes. En conséquence, cela porterait atteinte aux conditions d'une procédure équitable, qui prévoient que l'accusé peut produire toutes les preuves nécessaires à sa défense. (§ 16 e du Statut).

Mais, comme le Tribunal Militaire International n'a pu écarter, dans son propre arrêt, tous les doutes quant aux faits de la cause, et qu'il envisage lui-même la production ultérieure par l'accusé, après son arrestation, de preuves de circonstances atténuantes, la décision du Tribunal, conforme au § 12 du Statut, de continuer les poursuites par contumace, constitue dans ce cas particulier une atteinte non seulement aux conditions d'une procédure équitable, mais aussi aux principes internationaux de droit généralement reconnus.

H2764 – 0066

De plus, le Tribunal Militaire International n'a pas pu déclarer dans son jugement (texte allemand p. 295, dernier paragraphe) que l'état des faits ne présentait aucun doute. Le Tribunal Militaire International a dit :"Son défenseur, qui était obligé de travailler dans des circonstances difficiles, n'a pas été en mesure de réfuter les preuves. En ce qui concerne les documents qui portaient la signature de BORMANN, il est difficile de croire qu'il aurait réussi à le faire, même si l'accusé avait été présent." Mais ceci montre que même le Tribunal Militaire International n'a pas pu exclure le doute au sujet des faits.

Si le Tribunal Militaire International, dans son jugement (dernière phrase du paragraphe précité) laisse au Comité de Contrôle pour l'Allemagne le soin, après l'arrestation de BORMANN d'examiner les circonstances atténuantes, puis de modifier et d'atténuer la sentence, il perd de vue que le jugement devient exécutoire immédiatement après qu'on s'est emparé de l'accusé. Le Comité de Contrôle n'a accordé qu'un délai de quatre jours pour le dépôt de recours en grâce. Après l'arrestation de BORMANN, le défenseur ne pourrait pas dans un si court laps de temps vérifier à fond avec l'accusé tout l'état de la cause. Un délai sensiblement plus long serait sûrement nécessaire, et il est également sûr que, pour faire valoir des circonstances

H2764 - 0067

Martin BORMANN

En conséquence je suis d'avis que ma requête, tendant à une revision du jugement, à son annulation et à l'arrêt de la procédure, est justifiée.

B.

Pour le cas où on ne donnerait pas suite à ma requête en révision du jugement j'ai au début de ce document présenté au Conseil de contrôle un recours en grâce, afin que la peine de mort prononcée contre l'accusé Martin BORMANN fut commuée an une peine de prison.

Si le Comité de Contrôle ne veut pas reconnaitre le bien-fondé de mon exposé juridique à l'appui de ma requête en révision du jugement en vue d'obtenir l'annulation de ce jugement, cet exposé doit, tout au moins, avoir pour résultat que le jugement soit rapporté en ce qui concerne la peine de mort.

Personne ne peut exclure que l'accusé, s'il avait été présent, aurait pu prouver qu'il y avait des circonstances atténuantes qui n'auraient plus pu justifier la peine de mort.

Que -c'est évident - les faits ne sont pas absolument certains et que, après l'arrestation de BORMANN, il n'existe pas de possibilité suffisante d'examiner toute la procédure et peut -être de produire des contre-preuves étendues, cela justifie l'exclusion de la peine de mort.

Etant donné les difficultés de ma situation reconnues

H2764 – 0068

Martin BORMANN

par le Tribunal Militaire International et l'absence de BORMANN, je ne suis pas en mesure de démontrer moi-même dès maintenant les circonstances atténuantes parce que tout moyen d'information me fait défaut.

C'est pourquoi j'estime que ma demande de recours en grâce pour le moins est justifiée.

signature: illisible

Dr. Bergold

Je soussigné Pierre Lhermitte, certifie connaitre parfaitement la langue allemande et la langue francaise et atteste que le texte ci-dessys est la traduction sincère et correcte de ce document

Le 4 Octobre 1946

Le chef de la Section VI

Pierre LHERMITTE

H2764 - 0069

Адвокат Др. Фридрих Бергольд,
защитник Мартина Борманна

Нюрнберг, 2-го октября 1946 г.

В Высший Контрольный Совет Германии

Через Генерального Секретаря
Международного Военного Трибунала

В качестве назначенного Международным Военным Трибуналом защитника обвиняемого МАРТИНА БОРМАННА, я представляю настоящим против приговора, произнесенного Международным Военным Трибуналом от 30.9/1.10 1946 года,

ходатайство о пересмотре приговора

и прошу

Высший Контрольный Совет отменить приговор, вынесенный против обвиняемого МАРТИНА БОРМАННА 30.9./1.10. 1946 года, а также вынести решение о приостановлении процедуры против МАРТИНА БОРМАННА или же поручить Международному Военному Трибуналу пересмотреть его решение от 22-го ноября 1945 г., по которому Международный Военный Трибунал, на основании § 12 Устава, постановил произвести судопроизводство против МАРТИНА БОРМАННА в его отсутствии.

В случае, если Высший Контрольный Совет не найдет нужным удовлетворить вышеуказанное ходатайство о пересмотре дела, я представляю

ХОДАТАЙСТВО

о том, чтобы Высший Контрольный Совет смягчил вынесенный приговор и заменил смертный приговор тюремным заключением на срок, определенный Высшим Контрольным Советом.

H2764 - 0070

О б о с н о в а н и е .

А.

Я того мнения, что параграфы 26 и 29 Устава о пред'явлении ходатайства о пересмотре приговора не встречают препятствий с точки зрения юридически-процессуальной. Параграф 26 только устанавливает, что приговор о виновности или невиновности подсудимого - окончателен и неоспорим. Таким образом, нельзя упрекать Устав в нарушении материально-юридических решений Устава. Но, по моему мнению, можно порицать нарушение судом процессуально-юридических инструкций Устава, поскольку этим нарушениям не остались гарантированными "процессуальные гарантии" /см. заглавие отдела 1У Устава/.

Параграф 29, в пункте 2 раздела 1, дает право Высшему Контрольному Совету не только смягчать вынесенный приговор, но и "изменить его другим образом". Это значит, что приговор может быть также полностью отменен, и дело при таких обстоятельствах, может быть отослано для нового рассмотрения в Международный Военный Трибунал.

Я ставлю Международному Военному Трибуналу в упрек отклонение на заседании от 22-го июля 1946 г. пред'явленного мною предложения, чтобы судопроизводство против Мартина Бормана было отложено до его ареста. Международный Военный Трибунал мотивировал это тем, что я представил это предложение слишком поздно. Я далее ставлю в упрек Международному Военному Трибуналу, что он не дал возможности представить юридическое доказательство принципов справедливости отсрочки судопроизводства в исключительном случае, касающемся подсудимого Мартина Бормана и не рассмотрел его /см. стенограмму утреннего заседания 22-го июля 1946 года в немецком тексте, страница 13611-13613/.

H2764-0071

Об'яснение суда, что я пред'явил запрос поздно, не приняло во внимание, что показание свидетеля Кемпка мне стало известно только 3-го июля 1946 г. Еще 29 июня 1946 г. представитель американского обвинения заявил, что местопребывание свидетеля Кемпка не могло быть еще установлено /см. официальную стенограмму утреннего заседания от 29 июня 1946 г., немецкое издание, стр. 12360/. Только 3-го июля 1946 г. я узнал в первый раз с достоверностью об этих показаниях /см. официальную стенограмму вечернего заседания от 3-го июля 1946 г., немецкое издание, стр. 12578-12585/.

В своем приговоре суд признал, что я проводил свою деятельность в тяжелых условиях. По справедливости, мне не может быть сделан упрек в запоздании, так как я, за недостатком знакомства с материалом защиты и вследствие отсутствия обвиняемого, только случайно наткнулся на доказательственный материал. Как видно из официальной стенограммы утреннего заседания от 29 июня 1946 г. - в немецком издании, стр. 12361 - еще осенью 1945 г. обвинение знало о существовании Кемпка и о его предполагаемых показаниях. Я хотел бы отметить, что было бы справедливо, если бы американское обвинение, принимая во внимание особенно трудные условия моей защиты, своевременно и официально пред'явило суду этот доказательственный материал, согласно поставленному ему в парагр. 15 Устава заданию, и, тем самым, поставило бы и меня в известность. Во всяком случае, я считаю, что, принимая во внимание обстоятельства моей защиты, мое заявление не должно было бы быть отклонено Международным Военным Трибуналом как запоздавшее, если бы были приняты во внимание предписания Устава, предусматривающие справедливое судопроизводство. Даже, если бы Устав не предусматривал специальных правил, применимых в данном случае, то все же, в общем существовало намерение согласовать его с "признанными юридическими принципами" /см обоснование приговора от 30 сентября - 1 октября 1946 г. ОБВИНЯЕМЫЕ ОРГАНИЗАЦИИ, немецкое издание, стр. 139, последний парагр., третья фраза/. Существует общепризнанный юридический принцип, что ни в какой судебной процедуре ходатайство, пред'явленное с запозданием без вины с чьей-либо стороны, не может быть отклонено вследствие этого запоздания.

H2764-0072

Международный Военный Трибунал должен был бы в таком случае детально рассмотреть мое ходатайство от 23 июля 1946 г., а не сразу отклонить его, как запоздавшее.

В моей защитительной речи перед Международным Военным Трибуналом я подробно об'яснил на стр. 1-10, что предписания Устава согласно которым приговор, вынесенный в отсутствии обвиняемого и признающий его виновность, является, согласно парагр. 26, окончательным и неоспоримым, представляют во всей истории права европейских и американских культурных кругов еще небывалое до сих по новшество, и что, таким образом, не соблюдается принцип справедливости, установленный в истории права еще со времен Рима и предоставляющий подсудимому право быть выслушанным перед судом посл ареста. Чтобы не загромождать настоящего ходатайства, я позволя себе сослаться на заявления, сделанные мною в моей защитительной речи на стр. 1-10 Высшему Контрольному Совету, где я об'ясняю, что я хотел бы снова подчеркнуть эти заявления и просить Высший Контрольный Совет читать их каждый раз в моей защитительной речи, существующей в переводе на все языки, которые требуются. Я прилагаю к этому ходатайству немецкий текст моей защитительной речи.

Международный Военный Трибунал, в своем приговоре от 30 сент. - 1 окт. 1946 года, в разделе, относящемся к обвиняемым организациям, во введении /стр. 139, последний параграф немецкого текста приговора/ об'ясняет, что суждение, допустимое Международным Военным Судом, имеет правовой характер и не оставляет места какому либо произвольному решению, и что правовое суждение "должно быть скорее применено в согласовании с принятыми правовыми принципами". Эта правовая точка зрения, высказанная Международным Военным Судом - правильна. Ее следует также принимать во внимание при рассмотрении вопроса о суждении, которое суду надлежит выполнить при применении закона согласно параграфа 12 Устава, в том случае если он желает проводить процедуру в отсутствии обвиняемого.

H2764-0073

По моему мнению, Международный Военный Трибунал своим решением от 22-го ноября 1945 года и своим об'ясчением от 22-го июля 1946 года это мнение не вполне правильно разработал. В моей защитительной речи я указал, что для пополнения предписаний § 12 Устава, должны были быть применены общепринятые до сих пор юридические принципы процедуры. При этом я особо на это указал, что установления русского права очень ясно выражают эти признанные юридические принципы. Эти юридические принципы могли быть применены для проведения судопроизводства в отсутствии подсудимого Мартина Бормана, если-бы

1. было доказано, что подсудимый намеренно и предумышленно уклоняется от суда, и
2. факты ни в коем случае не подлежат сомнению.

В моей защитительной речи я показал, что не доказано, что Мартин Борман намеренно и предумышленно уклоняется от суда. Заявление Кемпкаса показывает по меньшей мере, независимо от того, что смерть подсудимого более чем вероятна, что весьма возможно, что Борман был тяжело ранен при взрыве танка. Таким образом не исключена возможность наступившей физической неспособности представиться в суд. Вовсяком случае не может быть речи об умышленном уклонении от присутствия в суде. Я не сомневаюсь в том, что не существовало уже первой предпосылки для судопроизводительства в отсутствии обвиняемого.

В моей защитительной речи я показал, что совокупность фактов по данному делу не во всех случаях не подлежала сомнению. Ссылаясь на мою защитительную речь, я хотел бы об этом еще раз упомянуть.

H2764-0074

Даже Международный Военный Трибунал в своем приговоре /немецкий текст 295 последний параграф/ не мог заявить, что эти факты являются несомненными. Международный Военный Трибунал заявил: "Его защитник, который должен был действовать в тяжелых условиях, был не в состоянии противопоставить доказательственных материалов. Что касается документов за подписью Борманна, было бы трудно себе представить, чтобы это ему удалось даже если бы подсудимый присутствовал." Это доказывает, что Международный Военный Трибунал не исключал возможности сомнения в том, что касается совокупности фактов, относящихся к делу."

Оставляя в своем приговоре /в последней фразе вышеупомянутого параграфа/ на рассмотрение Высшего Контрольного Совета Германии взвесить смягчающие вину обстоятельства после того, как Борманн будет задержан, а также изменение и смягчение приговора, Международный Военный Трибунал упускает из виду, что приговор будет приведен в исполнение непосредственно после задержания обвиняемого. Высший Контрольный Совет предоставил для внесения просьбы о помиловании только четырехдневный срок. После того, как Борманн был бы задержан, защитнику было бы невозможно представить в такой короткий срок тщательное доказательство фактов, относящихся к делу. Несомненно, что для этого бы потребовался значительно больший период времени и несомненно то, что представление смягчающих вину обстоятельств потребовало бы дальнейшего следствия. Согласно же параграфу 29 Устава новый доказательственный материал может быть использован только для обоснования нового обвинения. Таким образом, в случае подтверждения приговора, обвиняемый Мартин Борманн лишается всякой возможности доказать смягчающие вину обстоятельства. Этим, однако, нарушаются принципы справедливого судопроизводства, предписывающего, что обвиняемый может представить весь доказательственный материал, необходимый для его защиты /параграф 16 Устава/.

В виду того, что, как это было поясноно выше, Международный Военный Трибунал в своем приговоре не исключил возможности сомнения по поводу фактов, относящихся к данному делу и даже принял во вни-

H2764-0075

мание представление позднее смягчающего вину доказательственного материала, решение суда, принятое на основании парагр. 12 Устава о судопроизводстве в отсутствии обвиняемого, является, в данном отдельном случае, нарушением предписаний о справедливом судопроизводстве, а также всех международных и всеми признанных юридических принципов.

Вследствие этого я считаю, что мое ходатайство о пересмотре и отмене приговора, а также об отсрочке процедуры, является обоснованным.

Б.

На случай, если бы мое ходатайство о пересмотре приговора не было бы удовлетворено, я предложил в начале моего ходатайства о помиловании к Высшему Контрольному Совету, чтобы вместо вынесенного смертного приговора, обвиняемый Мартин Борман был подвергнут тюремному заключению.

В случае, если Высший Контрольный Совет не пожелает признать юридических обоснований к ходатайству о пересмотре приговора, в смысле отмены приговора, то эти юридические обоснования должны служить к отмене приговора, поскольку он присуждает обвиняемого к смертной казни. Никто не может исключить возможности о том, что обвиняемый, если бы он присутствовал, мог бы представить значительные смягчающие обстоятельства, которые бы показали необоснованным вынесение смертного приговора. То обстоятельство, что совокупность фактов не является целиком несомненной, и то обстоятельство, что после задержания Борманна не существует никакой достаточной возможности произвести целиком процедуры против Борманна и, может быть, представить противоречащие доказательства, показывает, что было бы справедливым не выносить смертного приговора.

Вследствие признанной Международным Военным Трибуналом затруднительности моего положения, вследствие отсутствия Борманна, я не в состоянии представить уже смягчающие обстоятельства, будучи лишен каких бы то ни было возможностей информации.

Вследствие этого я полагаю, что мое ходатайство о помиловании является по меньшей мере обоснованным.

/Подпись/ Др.Бергольд

H-2764

Bormann Clemency

Clemency Plea
Bormann

H2764-0076